

vom Ratsbüro genehmigt
am: 15. Juli 2002
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **9./10.** Sitzung (Doppelsitzung)
vom Dienstag, 2. Juli 2002
1. Teil 16.00 - 18.00 Uhr
2. Teil 19.00 - 21.30 Uhr
Grossratsaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 46 Mitglieder (1. Teil)
Ratspräsidentin und 48 Mitglieder (2. Teil)

5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Stephan Schlatter (SVP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Theres Brambrink (FDP)

Entschuldigt für den 1. Sitzungsteil: Hans Ith (SVP)
Annina Keller (OeBS)

Traktanden:

- 1. VdSR Übergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht
in musikalischer Grundschulung an den Schulen
Emmersberg u. Zündelgut** **Seite 276**
- 2. Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen /
Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteil./Jahresbericht 2001** **Seite 285**
- 3. VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten
Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen
der Stadt SH, Grundsatzentscheid**
EINTRETENS-DEBATTE **Seite 310**

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
22.01.02	VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH, Grundsatzentscheid (Detailberatung u. Beschlussfassung)	SPK
11.03.02	INTERPELLATION Edgar Zehnder (SVP) Städtische Schiessanlagen	
19.03.02	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Beteiligung am Winterdach über dem KSS-Freibad	
25.03.02	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) Entsorgungswesen in der Stadt SH; Zukunft der KBA Hard in Beringen	
26.03.02	MOTION Raphaël Rohner (FDP) Totalrevision der Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen	
09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
30.04.02	MOTION Kurt Zubler (SP) "Städt. Werke ohne Verselbständigung erfolgreich am Markt"	
07.05.02	MOTION Edgar Mittler (FDP) City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser	
14.05.02	INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke	
25.06.02	INTERPELLATION Urs Tanner (SP) Attraktivierung Rheinuferstrasse	
02.07.02	MOTION Jakob Deppe (FDP) Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen	

Kleine Anfragen von

Josef Eugster (SVP)	Halbämterssystem Stadtrat	07.05.02	5/2002
Edgar Mittler/Thomas Hauser (FDP)	City Parking der Autosilo SH AG	11.05.02	6/2002
Hanspeter Meier (SVP)	"Vorverlegung Polizeistunde"	19.06.02	7/2002
Peter Neukomm (SP)	Coop-Rückzug aus Buchthalen und dem Niklausen	26.06.02	8/2002
Peter Wullschleger (CVP)	Umsetzung der Motion "Gesunde und attraktive Finanzen"	02.07.02	9/2002

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Übergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung an den Schulen Emmersberg u. Zündelgut

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR sowie die Anträge der SPK mit **45 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 5. März 2002 betreffend die Uebergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung in den Schulhäusern Emmersberg und Zündelgut.

2. Er bewilligt für die Weiterführung der Uebergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung in den Schulhäusern Emmersberg und Zündelgut an den ersten und zweiten Klassen bis Ende Schuljahr 2002/2003 einen Kredit von Fr. 85'000.- für das Herbst- und das Frühlingsemester des Schuljahres 2002/03.
3. **Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, dem Grossen Stadtrat per Ende Januar 03 Bericht und Antrag betreffend der Einführung von musikalischer Grundschulung an allen Schulen der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten.**
4. Ziffer 2 dieses Beschlusses wird nach Art. 12 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen / Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteil./Jahresbericht 2001

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **47 : 0 Stimmen**

- a) die Jahresberichte 2001 "Leistungsauftrag der 5 Pilotabteilungen WOV" Stadt SH einschliesslich Antrag GPK bezüglich Altersheim Steig (Analyse Mahlzeitendienst an Pro Senectute)
- b) den Antrag der GPK bezüglich 7 Einlagen à Fr. 200'000.-- = Total Fr. 1,4 Mio aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung 2001 in diverse Spezialfinanzierungen

und

- c) den Antrag des Stadtrates
"Der Grosse Stadtrat genehmigt die Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH, Grundsatzentscheid EINTRETENS-DEBATTE

Der Grosse Stadtrat beschliesst nach ausgiebiger Diskussion mit **48 : 0 Stimmen EINTRETEN** auf die Vorlage.

Detailberatung und Beschlussfassung erfolgen an der Sitzung vom 20. August 2002.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN der Ratspräsidentin:

"Zuerst eine herzliche Gratulation. Allen, die glauben, die Milch komme aus dem Tetra-Pack und der Fussball aus der "Glotze", darf ich heute sagen: Am letzten Samstag wurde auf der Breite hochstehender Fussball live gespielt. Während die Schweizer an den Weltmeisterschaften schon lange ausschieden, hat das SH-Team des Grossen Stadtrates im Stadion Breite erfolgreich gegen Deutschland gekämpft. Dabei standen die Schaffhauser unter äusserster nervlicher Belastung, hatten sie doch 1999 gegen Sindelfingen eine böse Schlappe eingefangen.

Die tapferen Schaffhauser heissen Josef Eugster, Walter Hotz, Peter Käppler, Christian Meister, Peter Neukomm, Thomas Neukomm, Werner Schlatter und Alfred Zollinger. Nicht zu vergessen Coach Hanspeter Pletscher, der die Grossstadträte mit Genuss für einmal dorthin kommandierte, wo sie hingehörten.

Zum erfolgreichen 5 : 5 Schlussresultat trug - nebenbei bemerkt - auch ein achtköpfiges Verwaltungsteam bei. Das Ganze endete friedlich, ohne Hooligans und Polizei, bei Brezel und Bier im Stadion. Herzliche Gratulation."

Alfred Zollinger (SVP) bedankt sich bei allen, die "mitgekickt" haben, beim Coach Hp. Pletscher und bei den ZuschauerInnen. Er übergibt der Ratspräsidentin einen von allen Spielern signierten Fussball.

Personelles:

Bea Hauser (SP) hat mit Schreiben vom 18. Juni 2002 ihren Rücktritt aus dem Rat per 31. Juli 2002 angekündigt. Die Würdigung ihrer Ratstätigkeit erfolgt am Schluss der heutigen Sitzung.

Bea Hauser war Mitglied der Polizeikommission. Die Ersatzwahl wird am 20. August 2002 vorgenommen.

Ebenso war Bea Hauser Mitglied der SPK "Platzgestaltung Herrenacker". Sie wird dort ersetzt durch Rolf Amstad (SP).

Neu eingegangene Geschäfte:

25.06.02 INTERPELLATION Urs Tanner (SP)
Attraktivierung Rheinuferstrasse

02.07.02 MOTION Jakob Deppe (FDP)
Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen

Die beiden Vorstösse werden auf die Traktandenliste der Sitzung vom 20. August 02 gesetzt.

Kleine Anfragen:

7	Hanspeter Meier (SVP) "Vorverlegung Polizeistunde"	19.06.02
8	Peter Neukomm (SP) Coop-Rückzug aus Buchthalen u. dem Niklausen	26.06.02
9	Peter Wullschleger (CVP) Umsetzung der Motion "Gesunde und attraktive Finanzen"	02.07.02

**Beantwortet wurden vom SR mit Datum 21. Mai bzw. 4. Juni 2002
die Kleinen Anfragen**

2 Edgar Mittler (FDP) Bevölkerungszunahme in der Stadt SH 29.01.02

4 Thomas Neukomm (SP) Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg? 11.03.02

Die Ratspräsidentin verweist auf die schriftliche Information des Baureferates vom 23.5.02 bezüglich Schliessfächer im Projekt Buszentrum Bahnhof.

Den Mitgliedern des GrSR wurden die **Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt Schaffhausen im Baurecht** 700.4 zugestellt.

Weiter liegt heute der Jahresbericht 2001 der städtischen Spitex z.K. auf.

Schliesslich ruft die Ratspräsidentin in Erinnerung, dass bei Hp. Pletscher in der Stadtkanzlei noch einige bestellte Exemplare des ersten Bandes der SH Kantongeschichte abholbereit sind.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 7/8 der Doppel-Sitzung vom 21. Mai 2002 wurde durch das Büro geprüft und genehmigt. Es liegt heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR Übergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht
in musikalischer Grundschulung an den Schulen
Emmersberg u. Zündelgut**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 11er SPK vorberaten.

Urs Tanner (SP) Präsident der SPK *

"Entstehungsgeschichte

Wie Sie der Vorlage entnehmen können, bewilligte der Erziehungsrat im Juni 98 den Schulversuch mit musikalischer Grundschulung zur Verbesserung von Blockzeiten an den ersten und zweiten Klassen der Primarschulen Emmersberg und Zündelgut für 3 Schuljahre. Die Kosten gingen zu 100% zu Lasten der Stadt.

Ende Mai 2000 meldete der Erziehungsrat seine Bedenken an bezüglich dem formulierten Ziel einer besseren Blockbildung.

Im selben Monat gelangte dann der Schulrat an den Erziehungsrat, um folgendes zu vermelden: Man werde auf eine weitere Evaluation verzichten und die musikalische Grundschulung nicht mehr innerhalb des obligatorischen Stundenplans, sondern als

zusätzliches fakultatives Angebot offerieren, so dass die Bewilligungspflicht durch den Erziehungsrat hinfällig werde.

Diesem Vorgehen schloss sich im September 2000 der Stadtrat an und beschloss, das Angebot bis auf weiteres zu erhalten und die jeweilige Einwilligung der Eltern einzuholen. Diese Einwilligung, nebenbei bemerkt, wurde laut Stadtrat Urs Hunziker auch noch nie verweigert.

Was will diese Vorlage?

Zu den Kosten:

Ein weiteres Schuljahr im Sinne der Vorlage kostet die Stadt 85'000 Franken.

Zum Inhalt:

Wir wollen die musikalische Grundschulung in den Schulhäusern Emmersberg und Zündelgut für ein weiteres Schuljahr im bisherigen Rahmen anbieten können - und zwar nach dem Prinzip „2 Fliegen auf einen Klatsch“, wobei die erste Fliege *Förderung der musikalischen Grundschulung* und die zweite *Fliege Bildung von Mini-Blöcken* bedeuten würde.

Nach dem Willen der SPK und wohl auch des Stadtrates ist dies die definitiv letzte Uebergangsregelung: Ab Schuljahr 03/04 soll der musikalische Grundschulunterricht an allen Schulen der Stadt Schaffhausen eingeführt werden.

Die Uebung abubrechen würde nach Meinung des Stadtrates und auch der SPK wenig Sinn machen: Warum soll man einen erfolgreichen Versuch unterbrechen, wenn das Ziel ist, im Schuljahr 03/04 flächendeckend musikalische Grundschulung anzubieten?

Man erreicht mit dieser Vorlage zwar nicht die Bildung echter Blockzeiten, kann aber immerhin Miniblockzeiten anbieten.

Die Evaluation von Frau Loosli-Locher zeigt in ihrer Elternbefragung zum Schulversuch in ihren Schlussfolgerungen positive Tendenzen:

- a. Wirkungen durch Miniblöcke sind spürbar.
- b. Möglichkeiten für Ausweitungen sind denkbar/gewünscht.
- c. Musikalische Grundschulung ist positiv und auszubauen.

Hier möchte ich eine persönliche Klammerbemerkung zu echten Blockzeiten anbringen:

Meiner Ansicht nach wäre es "höchste Eisenbahn", auch endlich mit dem Angebot von echten Blöcken vorwärts zu machen. Auch hier kommen wir nämlich im Vergleich zum Beispiel mit der Stadt Zürich immer mehr ins Hintertreffen. Die Stadt Zürich nennt ihr Projekt "Familienfreundliche Schulen".

Dies bedeutet, dass alle Kinder der Unterstufe am Morgen 4 Stunden in der Schule betreut werden.

Von solchen familienfreundlichen Zuständen dürfen wir in der Stadt noch eine Weile träumen; ein erstes Schrittchen machen wir aber mit diesem musikalischen Grundunterricht.

Wir hoffen jetzt auf ein schnelles Datum, welches uns der Regierungsrat in Sachen Blockzeiten vorgeben möge! Wunsch des Erziehungsrates wäre jedenfalls das Schuljahr 03/04.

Pädagogischer Wert musikalischer Grundschulung

- Kontrast zur immer kopflastiger werdenden Schule.
- Stadtrat Urs Hunziker verwies auf Forschungsergebnisse, die nachweisen, dass Kinder, die sich verstärkt mit Musik im Schulunterricht beschäftigen, auch in den übrigen Fächern einen besseren Erfolg haben.
- Auch die längerfristige Zielsetzung, den Anteil der SonderschülerInnen von heute 10% auf 5% zu reduzieren, wird mit dem Einsatz musikalischer Grundschulung unterstützt.
- Auch interessant ist die Tatsache, dass die Gewaltbereitschaft bei Klassen mit musikalischer Grundschulung deutlich geringer ist als bei solchen ohne.
- Die Schweizer Musikzeitung vom Februar 2002 meldete Erstaunliches: Vergleiche zwischen Klassen mit Musik - und Instrumentalunterricht und solchen mit normalem Fächerkanon wurden durchgeführt.

Die Ergebnisse waren laut Musikzeitung sensationell: die Musik fördert das soziale Verhalten und das Wahrnehmungsvermögen. Die Neigung, SchülerInnen aus der sozialen Gemeinschaft auszuschliessen, ist in den Musikklassen klar geringer. Trotz zeitlich grösserem Aufwand, bedingt durch den Musikunterricht, schaffen die Schüler erfolgreicher als die anderen. Nicht nur die schulisch starken, sondern auch die eher schwächeren SchülerInnen vermochten ihr Potential augenfällig zu entwickeln.

Rolle Kanton und Erziehungsrat

Vor 3 Wochen habe ich noch in meinen Computer geschrieben, dass uns SR Urs Hunziker erläutert habe, dass man leider vom Erziehungsrat nach wie vor kein klares Signal erhalten hätte, den Musik-Grundunterricht in die Lektionentafel der Primarschulen aufzunehmen.

In der Zwischenzeit hat sich aber der Erziehungsrat klar gegen die momentane Aufnahme in die Lektionentafel ausgesprochen.

Das bedeutet, dass man also die Zustimmung der Eltern braucht für den Musik-Grundunterricht, da es sich um ein fakultatives Angebot handelt - ein Handicap, jedoch kein Hindernis.

Der Erziehungsrat scheut sich wahrscheinlich davor, den Musik-Grundunterricht als Hauptfach zu deklarieren, weil dann jede Gemeinde im Kanton SH diesen Unterricht anbieten müsste.

Genaueres über die Haltung des Erziehungsrats und des Regierungsrats kann Ihnen sicher Kollege Raphaël Rohner noch erläutern.

Stimmen aus der SPK

Unmut über weitere Versuchsphase wurde fast von allen geäußert. Dazu werden die einzelnen FraktionsprecherInnen sicher selbst noch detailliert Stellung nehmen.

Aus diesem Grund erfolgte die einstimmige Erweiterung der Anträge um Punkt 3, da man damit ein weiteres „Versücherle“ und Uebergangsregeln kreieren verhindern will. Die Absichtserklärung des SR wurde in einen Antrag der SPK umgewandelt, welcher Ihnen schriftlich vorliegt.

3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, dem Grossen Stadtrat per Ende Januar 03 Bericht und Antrag betreffend der Einführung von musikalischer Früherziehung an allen Schulen der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten

Redaktionell müsste man besser von Grundschulung statt Früherziehung sprechen. Der Antrag 3 wird in diesem Sinne geändert.

Ausserdem wurde auch beschlossen, dass die SPK in Absprache mit dem Schulreferenten Urs Hunziker einen Brief an den Erziehungsrat aufsetzen solle, in dem er denselben bittet, den musikalischen Grundunterricht als Fach in den Fächerkanon der Lektionentafel aufzunehmen.

Soviel meinerseits zu dieser Vorlage.

Ich danke der Protokollführerin Susanne Kummer, welche in einem auf 30° aufgeheizten Sitzungszimmer ein perfektes Protokoll verfasste. Vielen Dank.

Ich danke auch dem Stadtrat Urs Hunziker, welcher sachkundig und mit musikalischem Engagement seine Anliegen vortrug.

Die SPK ist mit 11: 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten, und hat ihr auch im selben Verhältnis zugestimmt."

Urs Tanner (SP) Fraktionserklärung *

"Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass die SP Fraktion auf diese Vorlage eintreten und ihr einstimmig zustimmen wird."

Brigitte Oechslin (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Zuerst danke ich Urs Tanner für die engagierte Leitung der Spezialkommission und dem Schulreferenten Stadtrat Urs Hunziker für seine Unterstützung, sowie Frau Susanne Kummer für ihr ausführliches Protokoll.

Einig sind wir uns darüber, dass eine über zwei Jahre erstreckende Grundschulung in Musik für alle Kinder notwendig ist; als wichtig wird auch erachtet, dass sie zusammenhängend in den ersten zwei Schuljahren erfolgen soll, damit die Grundschulung mit derselben Gruppe stattfindet. Wissenschaftliche Studien, die in den letzten Jahren auch in der Schweiz mit ausgewählten Klassen stattgefunden haben, zeigen ganz klar auf, dass Schülerinnen und Schüler, die im musischen

Bereich geschult wurden, den andern Schülern gegenüber klar privilegiert sind. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass der Einfluss und die Wirkungen der Musik das soziale Verhalten und Wahrnehmungsvermögen der betroffenen SchülerInnen sensationell fördern. Auch wenn ein grösserer Aufwand an Schulstunden, bedingt durch die zusätzlichen Musikstunden, nötig ist, stellte sich in den Studien klar heraus, dass die Schülerinnen und Schüler mit Musikunterricht den Schulstoff besser bewältigen und auch im sozialen Bereich eine höhere Kompetenz aufweisen und nicht etwa durch mehrere Schulstunden überbelastet werden. Ausserdem verringert sich die Kluft zwischen starken und schwachen SchülerInnen, da eher Schwache endlich auch mal mit den anderen mithalten können.

Nicht glücklich sind wir über eine Verlängerung dieser Uebergangsregelung bis zum Ende des Schuljahres 2002/2003, sowie über die Tatsache, dass bis heute nur die Schülerinnen und Schüler der Schulhäuser Emmersberg und Zündelgut vom Musikunterricht profitieren. Ziel ist es, möglichst schnell einen flächendeckenden Unterricht einzuführen, damit alle Schüler definitiv in den Genuss dieser musikalischen Grundschulung kommen. Mit dem Antrag 3, der von der SPK eingefügt wurde, dass eine Vorlage betreffend definitive Einführung von musikalischer Grundschulung auf Ende Januar 03 dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, plädiert die Fraktion der OeBS/EVP/GB auf Eintreten der Vorlage und stimmt den Anträgen einstimmig zu."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Die FDP Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten und den Anträgen des SR wie auch dem Zusatzantrag der SPK zustimmen; dies aus 5 Gründen:

1. Ein Zusatzangebot im Bereich der Musik fördert die Schulkinder der Unterstufe in einem Bereich ausserhalb der traditionellen kopflastigen Fächer.
2. Heute ist das Absolvieren eines musikalischen Grundkurses die ideale Vorbereitung für die Aufnahme an einer Musikschule. Mit diesem Grundangebot bieten wir den Schulkindern die Möglichkeit, eine Musikschule zu besuchen und wecken damit auch ein entsprechendes Interesse. Wenn Sportvereine immer das Wort Prävention heraus heben, kann man das hier mit Fug und Recht auch tun.
3. Diese Vorlage läuft ja auch im Zusammenhang mit der Gestaltung von Blockzeiten an unseren Schulen. Dass diese Blockzeiten immer mehr ein Bedürfnis werden, ist ganz klar und auch richtig. Wenn wir aber den Abteilungsunterricht an der Unterstufe aus pädagogischen Gründen beibehalten wollen und gleichzeitig mit Rücksicht auf die Eltern an Blockzeiten denken, so müssen Zusatzangebote im Unterricht bereit gestellt werden. Zusatzangebote im Bereich Gestalten, Werken, allenfalls Förderunterricht und eben Musik.
4. Wir sind der Meinung, dass der Versuch in diesem Bereich bisher gute Resultate gezeitigt hat. Es macht also keinen Sinn, diesen Versuch mehrmals zu verlängern. Deshalb ist der Antrag der SPK betreffend Vorlage für die definitive Einführung der musikalischen Grundschulung an allen Klassen der städtischen Unterstufe mehr als sinnvoll.
5. Schulkinder, die in den traditionellen Schulfächern Mühe haben, können im musikalischen Bereich aufleben, Stärken zeigen und sich selbst motivieren. Sei es im Bereich der Mathematik oder der Sprachen - über die Musik lernt man viel. Das zeigen uns antroposophisch geführte Schulen.

Ich halte abschliessend fest, dass die FDP Fraktion diese Vorlage als sinnvoll würdigt und den Anträgen zustimmen wird."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Ich bin grundsätzlich kein Befürworter von Schulversuchen, erst recht nicht, wenn ein Versuch verlängert werden muss.

Eine Verlängerung hat in der Regel zwei Gründe: Entweder ist der 1. Versuch gescheitert oder es wurde versäumt, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein Versuch ins Definitivum übergeführt werden kann.

In diesem Fall ist es fraglich, ob überhaupt ein Versuch notwendig gewesen wäre.

Für mich ist es selbstverständlich, dass die musikalische Grundschulung in den ersten zwei Schuljahren flächendeckend durchgeführt werden muss, weil gerade in dieser Zeit SchülerInnen unterschiedlichster Kulturen und Charakteren aufeinander treffen.

Mit jeglicher Art von Musik, die in Gruppen vermittelt wird, müssen die Kinder aufeinander eingehen und können ihre individuellen Begabungen umsetzen, was unweigerlich zu einem besseren Zusammenhalt und Klassengeist führt.

Leider sind bis heute vom Erziehungsrat keine Signale erkennbar, dass dieses Fach in den regulären Unterricht aufgenommen wird.

Jetzt liegt es an der Stadt, ein Zeichen zu setzen und einen Weg zu suchen, um die musikalische Grundschulung in den städtischen Schulhäusern flächendeckend einzuführen.

Gewisse Ideen und Möglichkeiten sind auch schon geboren.

Die SVP/EDU wird auf die Vorlage eintreten und den ergänzten Kommissionsanträgen zustimmen."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Dank der guten Leitung von Urs Tanner und den kompetenten Ausführungen von SR Urs Hunziker hat die SPK nur eine Sitzung für die Beratung dieses Geschäftes benötigt.

Wie beim Tagesschulversuch Hohberg stehen wir heute vor der Situation, auch für diese Vorlage eine Weiterführung zu bewilligen, wenn wir nicht ein gutes und sinnvolles Angebot an unseren Schulen sterben lassen wollen.

Bis jetzt hat es dieses Angebot nur in der ersten und zweiten Klasse der Primarschulen Emmersberg und Zündelgut gegeben. Es ist aber wünschenswert, dass von der musikalischen Grundschule alle Schülerinnen und Schüler profitieren können. Denn die musikalische Früherziehung ist mehr als eine Singstunde und mehr als eine Einführung in die Musik in all ihrer Vielfalt. Gerade wenn ein Kind keinen Sport betreibt, so bietet doch auch die musikalische Grundschule Freiräume, in denen Persönlichkeitseigenschaften repressionsfrei erprobt werden und wo Ausdauer, Stetigkeit, Zuverlässigkeit, Konzentration usw. geübt werden können.

Sie vermittelt emotionale, kreative und soziale Werte und ist deshalb in jeder Hinsicht auch integrativ wirkend. Zudem haben verschiedene Studien nachgewiesen: Wenn der musikalischen Bildung ein höherer Stellenwert eingeräumt wird, kann auch in nicht musischen Fächern mit einem besseren Lernerfolg gerechnet werden. Ein weiterer Vorteil: Mit diesem Angebot kommt man auch den Müttern mit mehreren Kindern im Primarschulalter entgegen, hilft dieser zusätzliche Unterricht doch mit, dass man dem Wunsch vieler Eltern nach Blockzeiten näher kommt.

Die CVP empfiehlt, der Übergangsregelung zuzustimmen und hofft auf die entsprechenden Rahmenbedingungen des Kantons, die es der Stadt Schaffhausen ermöglichen, die musikalische Grundschulung in allen Schulen der Stadt Schaffhausen einzuführen."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Es steht mir selbstverständlich nicht zu, hier offiziell im Namen des Departementes oder gar des Erziehungsrates zu sprechen. Trotzdem einige Anmerkungen zu Ziffer 3 der Anträge - dem Ergänzungsantrag der SPK. Eine Aufnahme der musikalischen Grundschulung in die Stundentafeln nur für die Stadt Schaffhausen als Freifach wird zur Zeit kaum möglich sein, selbst wenn der Erziehungsrat und auch das Departement grundsätzlich einer musikalischen Grundschulung positiv gegenüber stehen. Was ist der Grund dafür? Es ist zu beachten, dass eine Aufnahme in die Stundentafeln erhebliche finanzielle Auswirkungen für den Kanton und für die Gemeinden und mithin auch für die Landgemeinden hätte. Zu rechnen ist mit einer Kostensteigerung für die ersten und zweiten Primarschulklassen von ca. 3% je Klasse. Diese Mehrkosten sind dadurch zu erklären, dass dieses Fach nicht von den ordentlich gewählten und angestellten Primarschullehrpersonen erteilt werden kann, sondern von Dritten gleichsam eingekauft werden muss - wie hier in der Stadt SH von der Musikschule. Die Gemeinden auf dem Land würden damit in einer Zeit stets steigender Bildungskosten noch mehr belastet werden. Die Resonanz wäre daher kaum positiv, auch wenn die musikalische Grundschulung aus pädagogischer Sicht und auch aus meiner persönlichen Sicht - ich möchte dies betonen - als sehr wertvoll zu beurteilen ist.

Die musikalische Grundschule wird selbstverständlich auf kantonaler Ebene ein Thema im Rahmen der Evaluation tauglicher Blockzeit-Modelle sein. Dies ist ein Thema, welches nicht erst in zwei Jahren angegangen wird, sondern das ist Gegenstand der Strategieentscheide. Grossstadtrat Urs Tanner hat darauf hingewiesen. Diese Strategieentscheide haben auch eine Terminierung, und er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dies ein Geschäft ist, das eigentlich für nächstes Jahr spruchreif sein sollte. Daher können Sie meine erste Anmerkung wiederum relativieren, und all diejenigen, die Stirnrunzeln gezeigt und gemurrt haben, können sich wieder beruhigt zurücklehnen. Ich denke mir, in diesem Kontext muss dies ein Thema sein. Wir haben übrigens gerade zu diesem Thema auch ein Postulat Storrer (FDP), welches im Kantonsrat überwiesen worden ist. Die bürgerliche Seite ist da auch voll dahinter gestanden. Blockzeiten ohne darin die musikalische Grundschulung mit einzubeziehen, werden kaum möglich sein. In einer Übergangszeit könnte es sehr wohl sein, dass die Stadt - sofern sie das tatsächlich will - selbst für die Mehrkosten aufkommen muss. Aber ich glaube aus meiner persönlichen Sicht, dass der pädagogische Wert so hoch einzustufen ist, dass wir eben diese Mehrkosten in der Stadt SH für diese Phase auf uns nehmen sollten.

Ich kann daher auch persönlich als städtischer Parlamentarier nur betonen, dass das eine gute Sache ist. Ich war seinerzeit im Stadtschulrat und Ephorus des Zündelgut, als dies eingeführt wurde. Ich kenne das ganze System aus dem "FF". Ich habe auch den Evaluationsbericht "Schulversuch Blockzeiten Stadt Schaffhausen" noch einmal studiert, den seinerzeit Annemarie Loosli erstellt hat. Da haben wir sehr interessante und aufschlussreiche Schlussfolgerungen. Diese sind selbstverständlich auch dem Kanton und mithin auch dem Erziehungsrat und dem Erziehungsdepartement bekannt."

Stadtrat Urs Hunziker Stellungnahme des Stadtrates *

"Aufgrund der engagierten Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner kann ich die erste Seite meiner Ausführungen praktisch zur Seite legen, da ich kaum mehr Neues dazu beitragen könnte.

Versuchsverlängerung, Absicht zu Überführung ins Definitivum

Aus den dargelegten Argumenten könnte ohne Weiteres abgeleitet werden, ein Versuch wäre eigentlich gar nicht nötig, da die positiven Auswirkungen der musikalischen Grundschulung längst bekannt sind. Auch die Verknüpfung mit sogenannten "Miniblockzeiten" entspricht einer von Elternseite oft erhobenen Forderung, deren positive Auswirkungen ebenfalls kaum in einem Versuch erhärtet werden müssten, vor allem dann nicht, wenn damit kein Verlust von Abteilungsstunden verbunden ist.

Der Versuchsbetrieb ist deshalb nötig, weil er derzeit das einzige "Gefäss" ist, das für schulische Angebote ausserhalb der Studentafel zur Verfügung steht. Solange das Angebot auf die beiden Schulen Emmersberg und Zündelgut beschränkt ist, lässt sich die jetzt notwendige Verlängerung des Versuches folglich vertreten.

Wenn jedoch alle Schulen einbezogen werden sollen, so wie dies der Stadtschulrat vorsieht, müsste ein anderes Gefäss geschaffen werden. Wir stellen uns z. B. die Aufnahme eines Freifaches "freiwillige Angebote der lokalen Schulbehörden" in die Studentafel vor. In Neuhausen haben die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufe die Möglichkeit, in einem vergleichbaren Rahmen zusätzlichen Informatikunterricht zu besuchen.

Ich bin deshalb froh um den von der Spezialkommission eingebrachten neuen Antrag 3, welcher den Stadtrat beauftragt, dem Grossen Stadtrat bis Ende Januar 03 Bericht und Antrag betreffend die Einführung der musikalischen Grundausbildung an allen Schulen der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten. Dieser Antrag unterstützt den Stadtschulrat im Bemühen, beim Erziehungsrat bzw. beim Erziehungsdepartement erneut um die Schaffung einer geeigneten Grundlage für eine definitive Einführung nachzusuchen. Es geht letztlich darum, dem Ganzen den Makel des Versuchsbetriebs zu nehmen.

Arbeit in der SPK

Die Vorlage des Versuchs wurde in einer einzigen Sitzung behandelt und fand erfreulicherweise einen breiten Konsens, trotzdem über die Fortsetzung des Versuchsbetriebs keine grosse Freude herrschte. Die Vorlage wurde mit 11 zu 0 Stimmen verabschiedet - verbunden mit dem bereits erwähnten zusätzlichen Antrag.

Nun hoffe ich auch auf Ihre Zustimmung zur Vorlage und zum neuen Antrag 3. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem angestrebten Vollausbau der musikalischen Grundschulung einen echten Standortvorteil für unsere Stadt schaffen können - gerade auch gegenüber den Gemeinden ennet des Rheins."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten vorliegt.

EINTRETEN auf die Vorlage ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seiten 1 - 4 der Vorlage.
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE der SPK

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 5. März 2002 betreffend die Uebergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung in den Schulhäusern Emmersberg und Zündelgut.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Er bewilligt für die Weiterführung der Uebergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung in den Schulhäusern Emmersberg und Zündelgut an den ersten und zweiten Klassen bis Ende Schuljahr 2002/2003 einen Kredit von Fr. 85'000.- für das Herbst- und das Frühlingsemester des Schuljahres 2002/03.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. **Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, dem Grossen Stadtrat per Ende Januar 03 Bericht und Antrag betreffend der Einführung von musikalischer Grundschulung* an allen Schulen der Stadt Schaffhausen zu unterbreiten.**

*Auf Antrag des SPK-Präsidenten wurde der Ausdruck "Früherziehung" (Terminologie betrifft das Vorschulalter) durch Grundschulung ersetzt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Ziffer 2 dieses Beschlusses wird nach Art. 12 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR sowie die Anträge der SPK mit **45 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen / Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteil./Jahresbericht 2001

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident der GPK *

"Mit grosser Freude konnte die Rechnung 2001 der Stadt Schaffhausen entgegengenommen werden. Bei Ausgaben von Fr. 187,5 Mio und Einnahmen von Fr. 189,8 Mio wird ein Ertrags-Ueberschuss von Fr. 2,3 Mio ausgewiesen - eine Verbesserung von Fr. 5,2 Mio gegenüber dem Budget, das seinerzeit ein Defizit von knapp Fr. 2,9 Mio vorsah. Dadurch hat sich der Saldo des Kapitalkontos von Fr. 389'445.90 um den Ertragsüberschuss von Fr. 2'344'863.65 auf Fr. 2'734'309.55 erhöht.

Zur ausgewiesenen Verbesserung von Fr. 5,2 Mio kommen zusätzliche Abschreibungen und Rückstellungen, sodass die Rechnung 2001 effektiv um fast Fr. 10,0 Mio besser abschliesst als budgetiert.

Die Kennzahlen Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungskraft, Belastbarkeits-Anteil I und II haben sich gegenüber dem Vorjahr teilweise markant verbessert. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung auch in den nächsten Jahren andauern wird. Einzig die Zinsbelastungsquote hat sich etwas verschlechtert, was auf die erhöhte Verschuldung aus der Rechnung 2000 zurückzuführen ist. Der Selbstfinanzierungsgrad ist erstmals seit vielen Jahren wieder auf über 100 %, effektiv 109.52 %, angestiegen. Im Finanzvermögen wurden grössere, nicht budgetierte Landgeschäfte, u.a. Kauf der Liegenschaften AVL und Seilindustrie, abgewickelt. Diese Käufe haben aber einen reellen Gegenwert, weshalb die ungedeckte Schuld von Fr. 69,1 Mio um 15 % auf Fr. 58,3 Mio, bzw. die pro Kopf-Verschuldung von Fr. 2'090.52 auf Fr. 1'744.82 reduziert werden konnte. Durch den Abbau der ungedeckten Schuld kann damit gerechnet werden, dass sich die Zinsbelastungsquote nicht noch weiter verschlechtern wird.

Vier wesentliche Faktoren haben zu diesem erfreulichen Abschluss beigetragen.

1. Die Steuermehreinnahmen von Fr. 8,5 Mio, wovon Fr. 7,6 Mio Einkommens- und Vermögenssteuern sind. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass ca. Fr. 3,0 Mio auf Einmalsteuern zurückzuführen und deshalb nicht wiederkehrend sind. In Franken bemerkbar gemacht hat sich auch die erstmals wieder angewachsene Einwohnerzahl.
2. Mehreinnahmen vom Bund und
3. Mehreinnahmen vom Kanton.

Letzere beiden Positionen sind sehr schwierig zu budgetieren, denn die Frage „Kommen die Zahlungen oder kommen sie nicht?“ steht immer im Vordergrund.

4. Last but not least ist unbedingt darauf hinzuweisen, dass die Ausgabendisziplin der Verwaltung bei den Sach- wie auch Personalkosten, sowie den gesprochenen Nachtragskrediten durch den Stadtrat vorbildlich waren. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle dafür bestens gedankt.

Aufgrund der Mehreinnahmen wurden die Abschreibungen von Fr. 7,5 Mio um Fr. 3,9 Mio auf total Fr. 11,4 Mio erhöht. Zusätzlich wurden noch Fr. 1,4 Mio aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung 2001 im Sinne von Spezialfinanzierungen d.h. Vorfinanzierung für geplante künftige Aufgaben zurückgestellt. Der entsprechende Antrag, datiert vom 30. Mai 2002, ist Ihnen zugestellt worden. Damit diese Einlagen (7 x Fr. 200'000.--), die nicht budgetiert waren, vorgenommen werden können, müssen diese heute vom Grossen Stadtrat noch beschlossen werden. Der Antrag ist seitens der GPK gestellt und wir bitten um Ihre Zustimmung.

Die fünf WOV-Pilotabteilungen haben wiederum nicht nur nach der konventionellen Finanzbuchhaltung eine Jahresrechnung und einen Jahresbericht erstellt, sondern auch nach den WOV-Grundsätzen. Der jeweilige separate Jahresbericht jeder WOV-Pilotabteilung dokumentiert die Ergebnisse nach Produktgruppen, eine Vollkostenrechnung sowie die Erfüllung oder Nichterfüllung der im Leistungsvertrag vereinbarten Leistungsvorgaben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei den vier Pilot-Abteilungen, Steuerverwaltung, Altersheim Steig, Stadtgärtnerei und Stadtarchiv die Ergebnisse besser als budgetiert sind. Die entsprechenden Anteile der Ergebnisverbesserung wurden in die Spezialfinanzierungen eingebucht. Lediglich beim Vormundschafts- und Erbschaftsamt ist das Rechnungsergebnis schlechter als der Voranschlag. Das hat vor allem mit Personalüberschneidungen und Neu-Festlegung der Produktgruppen zu tun. Alle Pilotabteilungen kumuliert erreichen aber ein besseres Ergebnis als geplant und die Leistungsziele wurden grösstenteils erreicht.

Und nun zum Vorgehen der GPK:

Am 18. April 2002, nach Erhalt der Unterlagen sowie nach der Einführung von Stadträtin Vero Heller in die Jahresrechnung 2001 der Stadt Schaffhausen inkl. der WOV-Pilotabteilungen, wurde mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, Eintreten beschlossen.

Als Schwerpunkte der Ueberprüfung wurden die Nachtragskredite 2001 sowie der Sponsoring-Aufwand via Städt. Werke, VBSH und KSS bestimmt.

Zwei 3-er-Gruppen bearbeiteten hälftig die Jahresrechnung 2001 und wurden beauftragt, den Fragenkatalog zuhanden der Zentralverwaltung bzw. Stadtrat bis spätestens 3. Mai 2002 zusammenzustellen. Der Sprechende war wiederum bei beiden Gruppen dabei. Die fünf WOV-Pilotabteilungen mussten von beiden Gruppen bearbeitet werden.

Am 15. Mai 2002 fand dann die erste Sitzung betreffend Beantwortung der gestellten Fragen statt. Die zweite Lesung wurde am 30. Mai 2002 durchgeführt. Dazwischen fand am 21. Mai 2002 die Besprechung der Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteilungen mit den Abteilungsleitern und dem Controller, Herr Werner Bianchi, statt. Alle Fragen konnten durch Frau Stadträtin Vero Heller, durch die übrigen Stadträte, Frau Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Herr Alfred Stamm von der Finanzkontrolle, den Herren Abteilungsleitern und Frau Würsdorfer/Erbschaftsamt der WOV-Pilotabteilungen sowie dem Controller, Herr Werner Bianchi, zur vollen Zufriedenheit der GPK-Mitglieder beantwortet werden.

Lediglich eine Bemerkung im Jahresbericht des WOV-Pilotbetriebes Altersheim Steig betreffend Kostendeckungsgrad externer Mahlzeitendienst „Pro Senectute“ blieb im Raum stehen, da dafür keine genauen Zahlen verfügbar sind.

Deshalb stellt die GPK den folgenden Antrag, datiert vom 30. Mai 2002, der Ihnen zugestellt worden ist und heute vom Grossen Stadtrat noch beschlossen werden muss:

„Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, den Mahlzeitendienst an Pro Senectute zu analysieren, um den exakten Kostendeckungsgrad ermitteln zu können.“

Das Ziel besteht darin, diesen Mahlzeitendienst kostendeckend zu betreiben. Es kann ja nicht sein, dass diese Leistung indirekt subventioniert wird. Da das Altersheim Steig ein WOV-Pilotbetrieb ist, würde allenfalls das Ergebnis verschlechtert, was wiederum Auswirkungen auf die Einlage in die Spezialfinanzierung WOV-Fondseinlage hätte.

Ein weiterer Antrag, die Ablieferung des Wasserwerkes Schaffhausen an die Stadtkasse sei um Fr. 1 Mio zu Lasten der Spezialfinanzierung „Liberalisierung“ zu erhöhen, wurde in der GPK mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt.

Aber die GPK ist einstimmig der Auffassung, dass die Preise für Strom, Gas und Wasser überprüft und zugunsten der Kundschaft, wo immer möglich, reduziert werden müssen.

Dieser Auftrag wurde dem Werkreferenten übergeben.

Zu den Schwerpunkten Nachtragskredite 2001 und Sponsoring-Aufwand via Städt. Werke, VBSH und KSS kann noch erwähnt werden, dass die Nachtragskredite zu keinen Diskussionen Anlass gaben, hat sich doch der Stadtrat intern eine Limite von Fr. 1,8 Mio gesetzt, die auch eingehalten wurde. Für einen Teil der verlangten Unterlagen im Zusammenhang mit dem Sponsoring-Aufwand musste eine Fristerstreckung gewährt werden. Dieser Schwerpunkt wird deshalb an der nächsten GPK-Sitzung abschliessend behandelt.

Die GPK hat mit 7 : 0 Stimmen beschlossen, dem Grossen Stadtrat die Gutheissung der Rechnung 2001, die Leistungsaufträge der 5 Pilotabteilungen sowie die beiden Anträge „Einlagen in Spezialfinanzierungen“ und „Leistungsauftrag Pilotabteilung Altersheim Steig“ zu empfehlen.

In der Zwischenzeit habe ich mit Datum vom 14. Juni 2002 noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen erhalten, dessen Inhalt ich nachfolgend zitiere:

„Die Finanzkontrolle hat die detaillierte Revision der Jahresrechnung 2001, so wie sie dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, mit Ausnahme des Bereichs Steuern, der aus Kapazitätsgründen erst teilweise geprüft werden konnte, abgeschlossen.

Die bisher vorgenommenen Kontrollen geben zu keinen Beanstandungen Anlass. Diese Aussage gilt, sofern die vom Stadtrat vorgeschlagenen Einlagen von sieben mal Fr. 200'000.-- in Spezialfinanzierungen aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung dem Grossen Stadtrat separat zum Beschluss unterbreitet werden. Der entsprechende Antrag wird dem Parlament durch die GPK vorgelegt werden.

Allfällige Aenderungen an der Rechnung durch den Grossen Stadtrat werden wir nachprüfen.

Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird Ihnen eine Kopie des Berichts zugestellt werden.“

Unterzeichnet ist der Brief von Herrn Alfred Stamm, Finanzkontrolle.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen WOV-Abteilungsleitern, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, den Referenten und der Finanzreferentin für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Dabei schliesse ich meine GPK-Kollegen sowie unseren Ratssekretär in meinen herzlichen Dank ein.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, treten Sie auf die Rechnung 2001 ein und stimmen Sie ihr, den Jahresberichten der 5 Pilotabteilungen WOV sowie den beiden von der GPK gestellten Anträgen zu.
Besten Dank."

Alfred Zollinger (SVP)

Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Die Fraktion SVP/EDU ist hoch erfreut über das ausgewiesene Resultat der Jahresrechnung 2001; aber trotzdem besteht kein Grund zur Euphorie.

Auch in Zukunft ist auf „Nice to have“ sowie das Giesskannensystem zu verzichten. Wir dürfen nicht übermütig werden, denn vor allem der stetige Schuldenabbau, aber verbunden mit regelmässigen Steuerfussreduktionen, stehen an erster Stelle. Die Differenz in der Steuerbelastung zu „ennet des Rheins“ muss reduziert werden.

Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung 2001 eintreten und ihr sowie den WOV-Jahresberichten der fünf Pilotabteilungen als auch den beiden GPK-Anträgen zustimmen. Beim Gaswerk wird aber noch ein Antrag gestellt zwecks Verschiebung eines Betrages einer neu geschaffenen Rückstellung in den Tarifausgleichsfonds.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Stufen der städtischen Verwaltung sowie dem Stadtrat danken wir für ihren Einsatz bestens und freuen uns mit ihnen über das hervorragende Resultat."

Peter Möller (GB)

Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Besser, viel besser ist es geworden als anlässlich der Budgetierung Ende 2000 erwartet. Das ist überaus erfreulich. Alfred Zollinger hat Sie bereits über die Zahlen und die Behandlung der Rechnung in der GPK informiert. Dem ist nicht mehr viel beizufügen, so dass ich mich auf einige Bemerkungen aus der Sicht unserer Fraktion beschränken kann.

Wichtig scheint uns festzuhalten, dass die Stadt auch mit diesem guten Abschluss in finanzieller Hinsicht noch lange nicht über dem Berg ist. Hierfür sind die Schulden noch zu hoch und die Einnahmensituation mit Bezug auf die Steuern noch zu unsicher. Über verlässliche Zahlen zu den Steuern werden wir ab Spätsommer 2002 und damit bei der Budgetierung für das Jahr 2003 verfügen können. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes scheinen alle Rufe nach Steuerfussenkungen voreilig, auch wenn die entsprechenden Sirenenklänge schon lange ertönen. Erst gilt es einmal eine sichere Datenbasis zu haben und insbesondere die bestehenden Schulden abzubauen. Denn eine Steuerfussenkung ist schnell durchgesetzt, eine später allenfalls notwendig werdende Erhöhung nicht! Bei den Steuereinnahmen spielt auch das wirtschaftliche Umfeld eine grosse Rolle, und hier muss klar konstatiert werden, dass die kreativen Buchführungen verschiedener Konzerne (Stichworte WorldCom, Disney, SAirGroup etc.) die allgemeine Lage nicht gerade stabilisiert haben. Alles in allem muss gesagt werden: Heute ist noch nicht der Zeitpunkt, um zu Steuersenkungen Aussagen zu machen.

Ausserdem müssen wir daran denken, dass wir über genügend Mittel verfügen müssen, um die anstehenden, für die Stadtentwicklung (ich nenne hier die Vorinvestitionen im Bereich Bushof/Bleiche) und die Attraktivität unserer Stadt als Wohnort (Sanierung/Ersatz ungenügender Infrastruktur, Stichwort: Kindergärten) notwendigen Ausgaben zu tätigen.

Auch unsere Fraktion hat die erklecklichen Gewinne der städtischen Werke bemerkt, und wir können uns dem Wunsch der GPK nach einer Weitergabe an die Kunden mittels Tarifreduktionen - trotz ökologischer Bedenken - anschliessen.

Bei der Behandlung der WOV Berichte ist uns aufgefallen, wie schwierig dort eine Beurteilung wird, wenn wesentliche Grundlagen ändern. Dies vor allem beim Altersheim Steig mit dem Wechsel von der eigenen Befragung zur Beurteilung durch die Firma OptiHeim.

Abschliessend danke ich auch im Namen der OeBS/EVP/GB-Fraktion allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre gute und kostenbewusste Arbeit.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und sich allenfalls in der Detailberatung noch zu Wort melden."

Peter Wullschleger (CVP)

Votum *

"Die CVP hat mit verhaltener Freude vom positiven Abschluss der Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen Kenntnis genommen. Vorweg möchten wir deshalb denjenigen danken, welche zum guten Ergebnis massgeblich beigetragen haben: den Steuerzahlenden.

Sicher, auch Stadtrat und Verwaltung haben sich angestrengt. Der Stadtrat beispielsweise hat nur 180 Franken des ihm zustehenden 3000-fränkigen Weiterbildungsbudgets ausgeschöpft. Der Minderaufwand wurde jedoch durch den Mehraufwand bei den Reiseentschädigungen kompensiert. Ich bin noch unschlüssig, was mir lieber ist. Ganz allgemein ist jedoch die Budgettreue - insbesondere im Bereich Sachaufwand - bemerkenswert und verdient Anerkennung. Weshalb jedoch die im Rechnungsjahr 2001 ausgewiesenen Personalkosten 5 Mio Franken tiefer liegen als für das Jahr 2002 budgetiert, verlangt nach genauerer Analyse und Erklärung.

An diesem Beispiel zeigt sich meines Erachtens auch die Crux, wenn es um die Feststellung des Stadtrates geht, dass wir uns auf dem richtigen Weg zur Verbesserung der städtischen Finanzlage befinden, sofern der in der Rechnung 2001 abzeichnende Trend keine Eintagsfliege sei. Mit Verlaub: Alles spricht dafür, dass es sich um eine Eintagsfliege handelt. Denn nichts deutet darauf hin, dass bezüglich der Aufgabenseite grundlegende Überlegungen gemacht werden. Aber alles spricht dafür, dass in nächster Zeit die Steuereinnahmen geringer ausfallen. Zu welchem Resultat das führen wird, wissen alle in diesem Saal nur zu genau.

Diese mahnenden Worte sollen Ihnen die Freude am Rechnungsabschluss 2001 nicht vergällen, um so mehr, als wir ihn zusammen mit den Anträgen der GPK zur Genehmigung empfehlen. Mit Blick auf das Budget 2003 möchten wir einfach keine verfrühte Euphorie aufkommen lassen und daran erinnern, dass auch in der Finanzpolitik das Bessere der Feind des Guten ist."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Dass die Rechnung besser abschliesst als budgetiert hat Tradition. Das ist auch jetzt so. Statt einer roten hat eine schwarze Null resultiert. Das ist erfreulich und dokumentiert einerseits den Willen von Stadtrat und Verwaltung, die Kosten im Griff zu behalten. Andererseits sind auf der Einnahmenseite Mehreingänge zu verbuchen, welche nicht beeinflussbar sind, aber das sehr gute Resultat ermöglichten. Positiv kann auf dieser Seite der Buchhaltung immerhin vermerkt werden, dass der Mehrertrag bei den Steuereingängen - zu einem kleinen Teil zwar, aber immerhin - auf einen bescheidenen Zuwachs der Einwohnerzahl zurückzuführen ist.

Ich danke dem GPK-Präsidenten für die umfassende Darstellung der Fakten, welche sich aus der Rechnungsfibel ergeben, sowie für die Berichterstattung über die GPK-Verhandlungen. Ich kann meine Ausführungen deshalb kurz halten.

Dank des - trotz höherer Abschreibungen und den vorgenommenen Einlagen in die Spezialfinanzierungen - erzielten guten Ergebnisses haben sich auch die Kennzahlen spür- und sichtbar verbessert. Aber: die Verschuldung ist nach wie vor zu hoch und die Investitionen bewegen sich auf tiefem Niveau. Grund zu Euphorie besteht also nicht, der Spielraum für Steuersenkungen ist gering bzw. aus unserer Sicht nicht gegeben.

Die Schulden müssen dringend weiter abgebaut werden, um einerseits Zinskosten zu sparen und andererseits die Bonität nicht zu gefährden. Zudem hat die Stadt nach wie vor, und hier wiederhole ich mich, Nachholbedarf im Bereich der Instandhaltung der Infrastruktureinrichtungen, was letztlich eben auch Schulden sind. Gleichzeitig muss Kraft für Investitionen vorhanden sein, um als Arbeits- und Wohnstandort attraktiver zu werden. Es gäbe viel zu tun, das Warten auf private Investoren hilft wenig. Die Stadt wird nicht darum herum kommen, da und dort durch Anreize in Form von Anschub- oder Vorfinanzierungen Dynamik in die Entwicklung zu bringen; das letztendlich natürlich mit dem Ziel, die Ertragskraft nachhaltig zu verbessern und den finanziellen Spielraum zu vergrössern.

Auch im Personalbereich besteht, das werden die Arbeitsplatzbewertungen demnächst zeigen, vermutlich Handlungsbedarf, um auch als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben.

Die SP-Fraktion ist mit dem guten Rechnungsabschluss natürlich zufrieden, Eintreten ist unbestritten. Insbesondere halten wir es für notwendig und angezeigt, in einem guten Jahr Vorleistungen für dringend notwendige Investitionen vorzunehmen. Wir unterstützen selbstverständlich das Ansinnen des Stadtrates, welches mit dem Schreiben der GPK formell richtig abgehandelt wird, und stimmen dem Antrag auf Einlagen in Spezialfinanzierungen in Höhe von insgesamt Fr. 1.4 Mio. zu.

Zu reden gaben in unserer Fraktion insbesondere die ebenfalls hervorragenden Ergebnisse der Städtischen Werke. Diese haben in den letzten Jahren auf Kosten der Konsumenten die Kriegskassen munter gefüllt. Das hat, Sie haben es gehört, auch in der GPK Anlass zu Diskussionen gegeben. Möglich sind die hohen Erträge nur dank überhöhter Tarife, welche Monopolbetriebe erheben können. Das muss nun unverzüglich korrigiert werden. Uns stört aber insbesondere das Konto «Liberalisierung» bei den Wasserwerken, welches mit Fr. 1.5 Mio. dotiert ist. Was soll im Wasserbereich liberalisiert werden?

Ich habe deshalb bereits in der GPK verlangt, diesen Betrag zum Schuldenabbau in die Stadtkasse zu überführen, da rückwirkende Tarifsenkungen nicht möglich sind. Mit einem entsprechenden Antrag bin ich allerdings unterlegen. Wir werden deshalb hier nochmals damit kommen, sehen allenfalls aber auch die Möglichkeit, den Betrag in den Tarifaufgleichsfonds zu verschieben. Eine anschliessende markante Senkung des Wassertarifs würde dann eine Rückvergütung an die Konsumenten doch noch ermöglichen.

Die SP-Fraktion wird der Rechnung 2001 und dem Leistungsauftrag der WOV-Pilotabteilungen aber grundsätzlich zustimmen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung zum angekündigten Antrag von Kollege Meister: Ich teile seine Meinung nicht, da ich die Absicht der Städtischen Werke anders interpretiere. Ich gehe davon aus, dass auch hier in guten Zeiten Beträge für notwendige und sinnvolle Investitionen reserviert werden - mit dem Ziel natürlich, diese Investitionen durch die Erweiterung des Kundensegments zu amortisieren, was einen Ölhändler selbstverständlich nicht freuen kann. Sollte das allerdings nicht so geplant sein, würde das tatsächlich auf eine Subventionierung der Landgemeinden hinauslaufen, was inakzeptabel wäre. Zur Beurteilung fehlen uns aber die Fakten, das müsste in der Verwaltungskommission geklärt werden."

Ernst Gründler (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Unsere Fraktion ist für Eintreten und wird den gestellten Anträgen der GPK zustimmen. Die Rechnung 2001 ist wesentlich besser ausgefallen als budgetiert; auch wir freuen uns darüber.

Die Präsentation der Rechnungslegung ist im Gegensatz zum Kanton umfassend und transparent ausgefallen. Die offenen Fragen in der GPK konnten durch die anwesenden Exekutivmitglieder und der Zentralverwaltung ausführlich beantwortet werden, wofür ich danken möchte.

Der erzielte Ertrags-Ueberschuss aus der laufenden Rechnung im Betrage von 2.344 Mio ist erfreulich und konnte dank vermehrten Steuereinnahmen erzielt werden. Ich meine, die Aktivitäten im Bereich Wirtschaftsförderung unserer Stadt lassen erste Schlüsse für eine positive Entwicklung zu - gezielte Wirtschaftsförderung zahlt sich aus!

Auf der anderen Seite sind zusätzliche Abschreibungen von ca. 3.95 Mio Franken vorgenommen worden. Die Abschreibungen 2001 erreichen einen Betrag von total 11.4 Mio Franken bzw. 13,4 %, womit die Vorgaben des Gemeindegesetzes von 10% weit überschritten wurden. Die ungedeckte Schuld konnte um 10.8 Mio Franken auf Fr. 58.3 Mio gesenkt werden.

Wir setzen uns erneut für eine massvolle Steuersenkung bei der kommenden Budgetdebatte ein, um den Standort Stadt Schaffhausen im Vergleich zu den zürcherischen "Speckgemeinden" erneut zu stärken. Als selbstverständlich erachte ich eine angemessene Reduktion der ungedeckten Schuld, die Abschreibungen müssen den Vorgaben des Gemeindegesetzes im Minimum entsprechen.

Einer zusätzliche Ablieferung der städtischen Werke an die Stadtkasse über die in der Rechnung 2001 ausgewiesenen Beträge hinaus werden wir nicht zustimmen. Bekanntlich stehen einige grosse Investitionen in Millionenhöhe an, welche finanziert werden müssen. Das Wasserwerk ist heute schon mit 5 Mio Franken fremdfinanziert - die Sanierung des alten Pumpwerkes an der Rheinhalde mit 4 - 5 Mio Franken Aufwand steht zwingend bevor, die Erneuerung von grossen Wassertransportleitungen infolge Bruch von alten über 80-jährigen Gussleitungen ist bereits Faktum und unausweichlich.

Es wäre wirklich unverantwortlich und fahrlässig, weitere Ablieferungen heute zu beschliessen; wir wollen starke Werke. Mit einer massiven Strompreissenkung in den nächsten Jahren darf gerechnet werden - unsere Werke müssen im künftigen liberalisierten Markt konkurrenzfähig bleiben. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass die verselbständigte EKS AG mit einem tiefen Strompreisangebot um neue Endkunden im Versorgungsgebiet unserer städtischen Werke wirbt. Unser EWS liefert heute zwischen 8 - 10 Umsatzprozente an unsere Stadtkasse ab, während das Kantonswerk kaum 2 % abgeliefert."

Edgar Mittler (FDP) Votum *

"Ich freue mich sehr über den guten Jahresabschluss unserer Stadt. Allerdings überrascht mich dies nicht besonders, denn nicht umsonst habe ich in der Budgetdebatte vom vergangenen Dezember eine Steuerfussreduktion von 5 % gefordert. Wie wurde ich doch hier in diesem Saal "abgekanzelt": Die Finanzreferentin, die zu diesem Zeitpunkt, zumindest auf Grund von Hochrechnungen wissen musste, dass das Jahresergebnis 2001 besser als budgetiert herauskommen würde, nannte meinen Antrag verantwortungslos. Andere sprachen von überrissen, nicht vertretbar, massiven Mindereinnahmen usw.

Was ist nun passiert, meine Damen und Herren? Der Steuereingang ist um 9,5 Mio. Fr. höher ausgefallen als budgetiert und um 12,4 Mio. Fr. höher als im Vorjahr. Dazu kommen noch gemäss Jahresrechnung 6,4 Mio. Fr. Steuerrestanzen, die übrigens genau gleich hoch sind wie im Vorjahr. Das wirft natürlich die Frage auf: Weshalb ist dieser Betrag unverändert? Kann es wirklich sein, dass die noch ausstehenden Steuerguthaben genau gleich hoch sind wie im Vorjahr, und warum werden diese nicht wie Debitoren behandelt und als Einnahmen in der Erfolgsrechnung verbucht? Also hier hat es, wenn Sie so wollen, noch beträchtliches Fleisch am Knochen. Auch bei den Liegenschaften des Finanzvermögens bestehen weitere "Stille Reserven", und ich warte auf den Tag, wo diese Liegenschaften endlich marktkonform bewertet werden.

Die Jahresrechnung 2001 schliesst also mit einem Mehrertrag von 10,57 Mio. Fr und einem Mehraufwand von 5,35 Mio. Fr. ab. In diesem Mehraufwand sind rund 3,95 Mio. Fr. zusätzliche Abschreibungen enthalten, was ich für richtig halte. Per Saldo resultiert also eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von 5,2 Mio. Fr. Dieses Resultat hat zur Folge, dass die ungedeckte Schuld um 10,8 Mio. Fr. abgebaut werden konnte und pro Kopf der Bevölkerung noch Fr. 1'744.82 beträgt, ein absolut durchschnittlicher Wert im schweizerischen Vergleich. Auch der Selbstfinanzierungsgrad ist erfreulicherweise auf über 100% gestiegen, das heisst, dass die laufenden Investitionen ohne Neuverschuldung finanziert werden können und die ungedeckte Schuld weiter abgebaut wird.

Was ich mit diesen Zahlen sagen will, ist, dass meine letztjährige Forderung nach einer 5%-igen Steuerfussreduktion wohl doch nicht so überrissen und verantwortungslos war. Sie haben kürzlich gelesen, dass der Kanton Zürich, aber auch der Kanton Thurgau seine SteuerzahlerInnen nochmals spürbar entlasten will. Das heisst für uns nichts anderes, als dass wir bei den Steuern weiterhin dringenden Handlungsbedarf haben. Die FDP wird auf jeden Fall bei der Beratung des Budgets 2003 entsprechende Forderungen nach einer weiteren Steuerfussenkung stellen."

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates *

"Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme. Die Rechnung 2001 weist einen erfreulich guten Abschluss auf, doch eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, geschweige denn einen Sommer.

Der GPK-Präsident hat die Beratungen souverän geleitet und heute eine umfassende Berichterstattung abgeliefert. Ihm und den weiteren Mitgliedern der GPK danke ich für die gute Zusammenarbeit und ihren Einsatz. Mit weiteren Zahlen werde ich Sie nicht gross in Anspruch nehmen, auch wenn das erfreuliche Resultat verschiedene Gründe hat.

Die höheren Steuereinnahmen sind einer davon. Aber Sie dürfen nicht vergessen, beim Rechnungsabschluss hatten wir ausschliesslich provisorische Steuerrechnungen und deshalb einen relativ grossen Unsicherheitsfaktor. Die Steuerverwaltung ist im Moment daran, die Rechnungen des letzten Jahres definitiv zu machen. Aber es liegt auch heute noch kein repräsentativer Anteil vor. Im Verlauf des Monats August werden wir jedoch einen Anteil haben, von dem ausgehend die Hochrechnungen dann etwas bringen, was Hand und Fuss hat.

Die höheren Steuereinnahmen gehen aber nicht nur auf das Konto des neuen Steuergesetzes, sonst hätten alle Gemeinden des Kantons positive Abschlüsse vorweisen müssen, was - wie Sie wissen - nicht der Fall ist.

Ich führe sie vielmehr darauf zurück, dass es uns gelungen ist, bei den Einwohnerzahlen wieder steigende Werte zu haben. 2001 haben wir 350 Personen mehr in Schaffhausen wohnhaft gehabt. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres, d.h. per Ende Mai 02 waren es nochmals 300 Personen mehr.

Ein weiterer Grund für das gute Ergebnis ist die Budgettreue und das Kostenbewusstsein unserer MitarbeiterInnen. Ihnen danke ich auch im Namen des Stadtrates ganz herzlich für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit, welche in weit überwiegenden Teilen gut bis sehr gut war.

Froh bin ich natürlich darüber, dass die ungedeckte Schuld endlich um rund 15% gesenkt werden konnte, von über 2000 auf 1'740 Franken pro Kopf.

Das übergeordnete Ziel der ausgeglichenen Rechnung haben wir auch 2001 einmal mehr erreichen können. Darüber bin ich froh, ebenso über die Tatsache, dass der Selbstfinanzierungsgrad erstmals seit vielen Jahren auf über 100% angestiegen ist. Das lässt den dringend notwendigen Abbau der Verschuldung in greifbare Nähe rücken. Wie Sie bereits wissen, hat denn auch der Stadtrat für das laufende Jahr den Abbau der Verschuldung als absolute Priorität deklariert. Ich hoffe, dass er an dieser Absicht festhält.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation gibt es noch einiges zu bedenken. Im Mai dieses Jahres wies die Arbeitslosen-Statistik in der Stadt SH immer noch eine Quote von 2,7 % aus. Im Kanton SH waren fast 50% mehr Arbeitslose zu verzeichnen als letztes Jahr um die selbe Zeit (842 gegenüber 564 Personen). Da ist keine Entwarnung in Sicht.

In den Datenreihen der wichtigsten konjunkturellen Indikatoren muss man die Indizien für ein allmähliches Wiedererwachen der Schweizer Wirtschaft noch immer mit der Lupe suchen. Das Jahr 2000 war noch ein gutes Börsenjahr, das letzte Jahr war "himmeltraurig" und das laufende Jahr war bis Ende Mai nicht schlecht, doch jetzt ist wieder eine Baisse zu verzeichnen. Das Wichtigste - Peter Möller hat es schon angetönt - das allgemeine Vertrauen in die Wirtschaft ist in den letzten paar Wochen wirklich massiv geschwunden. Es gibt offenbar Manager, die dem Gruppendruck unrealistisch hoher Gewinnerwartungen nicht gewachsen sind. Das hat zu Kursstürzen an den Börsen geführt. Ich weiss nicht, wie lange es geht, bist die Pensionskasse in Schwierigkeiten kommt und wir dort allenfalls im Grossen Rat die Deckung verbessern müssen. Dies würde uns ziemlich teuer zu stehen kommen.

Ich bitte Sie, die Rechnung 2001 nicht durch die rosa Brille zu betrachten - der Bankdirektor hat natürlich eine andere Optik; ich komme noch darauf zurück - und im Geiste schon Wunschlisten zusammen zu stellen. Ich bitte Sie vielmehr, die Rechnung mit klarem, realistischem Blick zu beurteilen. Deshalb stelle ich Ihnen im Namen des Stadtrates den Antrag, auf die Rechnung 01 einzutreten, ihr zuzustimmen, die Anträge der GPK, wie sie vom GPK-Präsidenten erläutert wurden, gutzuheissen und die Jahresberichte 2001 - Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteilungen - zu genehmigen. Auf letztere wird beim folgenden Traktandum 3 - Grundsatzentscheid Einführung WOV - im Detail eingegangen.

Kurz zu den einzelnen Voten:

Es ist interessant festzustellen, wie graduell die Freudensbezeugungen über die gute Rechnung ausgedrückt wurden: grosse Freude, hoch erfreut usw. Das ist angenehm, dies zu hören. Zu den Werken möchte ich nichts sagen. Ich überlasse dies bei der Detailberatung dem Werkreferenten. Ich kann nur sagen, dass die Arbeit in der GPK sehr konstruktiv war und es auch gelungen ist, trotz gewissen unterschiedlichen Beurteilungen einen Konsens zu finden.

Es ist wichtig, dass wir die "Reserven" für die Stadtentwicklung, welche noch ziemlich viel Geld in Form von Vorinvestitionen erfordern wird, tatsächlich haben. Peter Möller hat darauf hingewiesen.

Peter Wullschleger hat eine Bemerkung bezüglich der Personalkosten gemacht. Wenn Sie die Rechnung genau anschauen, dann sehen Sie, dass ungefähr die Hälfte der Abweichung aus den Besoldungen der Lehrkräfte herrührt, wofür der Kanton die Vorgaben liefert. Hinzu kommen die Auswirkungen auf die Sozialleistungen. Bei einem Personalbestand von gegen 900 Personen gibt es Schwankungen in Bezug auf das Resultat, wenn man berücksichtigt, dass die Budgetzahlen 1 1/2 Jahre im Voraus bereit gestellt werden müssen.

Andres Bächtold hat auf die Werke hingewiesen. Hierzu wird der Werkreferent Stellung nehmen.

Schliesslich komme ich noch zu Edgar Mittler. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie in der Schlussabstimmung dem vom SR beantragten Steuerfuss im Rahmen der Budgetdebatte auch zugestimmt. Im Nachhinein ist man immer gescheiter. Wenn man ein neues Gesetz hat und mit lauter provisorischen Daten operieren muss, ist es schwierig. Sie wissen, dass sich der SR zum Ziel gesetzt hat, die Verschuldung nicht über 130 Mio Franken ansteigen zu lassen. Wir sind bei 142 Mio Franken angelangt. Aus Bonitätsgründen ist es wichtig, dass diese Kurve einmal nach unten weist. Dass man im Dezember 02 wieder eine andere Diskussion führen wird, ist mir klar. Da wir jetzt einen Rückblick machen und über die Rechnung 01 sprechen, möchte ich Sie schon bitten, die Budgetdebatte 03 nicht vorweg zu nehmen. Dies wird heute nichts bewirken.

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme und hoffe, dass Sie alle auf die Rechnung eintreten werden. Wenn Sie noch Fragen haben, werden wir versuchen, diese mit Unterstützung durch Werner Bianchi, Controller, zu beantworten."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten auf die Rechnung unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteil./Jahresbericht 2001

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Altersheim Steig Seiten 5 - 13

Erwin Sutter (EDU) erkundigt sich, weshalb das Altersheim Steig unter den Gemeinkosten keine Raumkosten aufweist (Seite 7).

SR Urs Hunziker weist darauf hin, dass beim Altersheim Steig Kalk. Zinsen und Abschreibungen anstelle der Raumkosten belastet werden, da sich das Altersheim in eigenen Räumlichkeiten befindet - analog der Stadtgärtnerei; dies im Gegensatz z.B. zur Steuerverwaltung oder zum Stadtarchiv, welche die Liegenschaft mit anderen Nutzern teilen.

Paul Bösch (OeBS) nimmt Bezug auf die Seiten 12 und 13 Produktgruppe 03 Verpflegung. Er stellt beträchtliche Unterschiede zwischen Rechnung und Voranschlag fest. Auf Seite 13 steht dazu: *"In der Jahresrechnung wurde ein anderer Verteilschlüssel für die Einnahmen verwendet als beim Budget."*

Der Votant wünscht eine präzisere Auskunft.

SR Urs Hunziker antwortet, dass der Personalaufwand 2001 das erste Mal korrekt verteilt werden konnte dank effektiver Zeiterfassung. Dies hatte Differenzen zum Budget zur Folge, welches noch auf Annahmen beruhte.

Alfred Zollinger, GPK-Präsident verweist auf die Anmerkung auf Seite 13, wo es heisst: *"Die Einnahmen für die Pro Senectute-Mahlzeiten sind nicht kostendeckend und müssten angepasst werden."*

Da keine detaillierten Unterlagen vorliegen, hat die GPK folgenden Antrag formuliert:

Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, den Mahlzeitendienst an Pro Senectute zu analysieren, um den exakten Kostendeckungsgrad ermitteln zu können.

Ziel ist es, aufgrund von gesicherten Daten mit der Pro Senectute und dem Kanton (Pflegezentrum) bald Verhandlungen über den Verrechnungspreis an Pro Senectute führen zu können.

Nach Rücksprache mit Werner Bianchi, Controller hat die GPK bewusst darauf verzichtet, eine separate Produktgruppe für den Mahlzeitendienst an Pro Senectute zu verlangen.

Der GPK-Präsident bittet den Rat, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Der Rat folgt dem Antrag der GPK mit **46 : 0 Stimmen**.

Stadtarchiv Seiten 15 - 23 Keine Bemerkungen.

Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung Seiten 25 - 33

Erwin Sutter (EDU) stellt mit Blick auf die Seite 29 fest, dass dieser WOV-Betrieb mit weniger Personal mehr Ertrag erzielt hat. Dies beweist, dass hier WOV in Kombination mit einer guten Führung etwas gebracht hat. Der Votant würdigt dies positiv. Er geht davon aus, dass das Jubiläum SH 500 den Umsatz beim Blumenschmuck befruchtet hat. E. Sutter gibt der Hoffnung Ausdruck, dass man weiterhin aktiv bleibt, damit man den guten Ertrag halten kann. Er bindet dem Leiter dieses WOV-Betriebes ein Kränzchen.

Steuerverwaltung Seiten 35 - 45 Keine Bemerkungen.

Vormundschafts- und Erbschaftsamt Seiten 47 - 55 Keine Bemerkungen.

Esther Bänziger (SP) vertritt die Auffassung, dass man auch dem Vormundschafts- und Erbschaftsamt danke könne, wo ebenfalls sehr gute Arbeit geleistet werde. Leider könnten dort aus erklärbaren Gründen nur bescheidene Erträge erzielt werden. "Für die Stadtgärtnerei ist es sehr einfach, Erträge zu erzielen. Sie ist sehr gut geführt und das Jubiläum SH 500 hat auch noch sein Gutes dazu beigetragen. Aber alle anderen Abteilungen haben auch sehr gut gearbeitet. Ich persönlich denke nicht, dass dies mit WOV sehr viel zu tun hat."

Damit sind die Leistungsaufträge der WOV-Pilotabteil./Jahresbericht 2001 durchberaten.

Es folgt die Beratung der Rechnung 01 gemäss dem gelbem Buch.

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.
Begonnen wird auf der Seite arabisch 2.

IV. Laufende Rechnung ab Seite 17:

Seite 34 - Pos. 0250 318.51

Verwaltung Hochbau Herrenacker Platzgestaltung

Projektierung Vorlageprojekt Fr. 70'166.90

Thomas Neukomm (SP) verweist auf den Kommentar auf Seite 35:*"Mehraufwand durch Projektanpassungen Zugänge Parkhaus"*

Der Votant erklärt, dass gemäss seinen Informationen die Zugänge aus dem Projekt heraus genommen wurden. Folglich sollte ein Minderaufwand resultieren. Er wünscht Auskunft.

SR K. Schönberger antwortet, dass diese Position auch in der GPK hinterfragt worden sei. Das Baureferat habe dazu einen Bericht an die GPK abgeliefert. Der Baureferent verliert ihn an dieser Stelle.

"Die GPK stellte fest, „hier sei offensichtlich die Finanzkompetenz überschritten worden". - Abklärungen haben nun folgendes ergeben:

Der Stand dieser Position beläuft sich auf Fr. 70'166.90. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Für die Begleitung der Projektierung des Vorlageprojektes durch Rotzler Krebs & Partner wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und dafür vom Stadtrat mit Beschluss vom 2. Mai 2001 ein Nachtragskredit von **Fr. 50'000.-** beschlossen.

In einer späteren Phase ergaben sich bezüglich Ausformung (Vordach, Zugänge) und Materialisierung der Auf- und Abgänge Differenzen zwischen der Parkhaus Herrenacker AG und dem Architekten-Team. Erstere hielt an den baubewilligten Konstruktionen in transparenter Form fest, Zweiteres an seinem Projekt aus Beton, wie es aus dem Wettbewerb als Sieger hervorgegangen war. Rotzler Krebs & Partner überlegten sich ernsthaft, das Projekt zurückzugeben und nicht weiter zu bearbeiten, zumal dieses von der Jury ja abgesegnet worden sei. Damit letztlich also nicht alles „hingeworfen" wird, aber auch aus zeitlichen Gründen, brauchte es noch einen Zusatzkredit. Vom Baureferenten wurde am 4. Dezember 2001 dafür ein **Nachtragskredit von Fr. 10'000.-** (z.G. Rotzler Krebs & Partner) gesprochen.

Zusätzlich wurde das Konto mit folgenden Beträgen belastet:

Fr. 2'969.75 an Eva Keller, Architektin, Herisau, für die Vermittlung der neuen Lösung

Fr. 1'021.10 an das Vermessungsamt des Kant. Schaffhausen für den Katasterplan

Fr. 232.-- an das Theater-Restaurant für ein Mittagessen anlässlich eines Vermittlungsgespräches mit dem Architekten-Team

Fr. 5'944.05 an Rotzler Krebs & Partner für Anpassung Projektierung.

Grundsätzlich ist festzuhalten, und dies wurde anlässlich der GPK-Sitzung durch Frau Johanna Theiler so bestätigt, dass es sich um zweierlei Dinge handelt, die eigentlich zwei separaten Positionen hätten belastet werden müssen:

Fr. 50'000.-- für die Begleitung des Projektes

Fr. 20'166.90 für die Anpassung der Auf-/Abgänge und Verschiedenes.

Leider wurde dies nicht so verbucht, weshalb der Eindruck entstehen könnte, hier sei die Kompetenz des Stadtrates überschritten worden, was bei korrekter Verbuchung nicht der Fall ist."

Thomas Neukomm (SP) ist nicht ganz klar, wer die Anpassung der Auf- und Abgänge vorgenommen hat, bzw. an wen das Geld bezahlt wurde. SR K. Schönberger weist darauf hin, dass es sich hier um ein Geschäft handelt, welches zur Zeit in der SPK "Platzgestaltung Herrenacker" beraten wird. "Ich habe Ihnen versprochen, dass ich anlässlich der nächsten Kommissionssitzung etwas dazu sage."

Für Th. Neukomm ist diese Position abgehakt, sofern er eine Antwort erhält.

- Seite 90 - Pos. 3010 309.10 Museum übrig. Personalaufwand Fr. 3'641.20
Bea Hauser (SP) nimmt Bezug auf den Kommentar auf Seite 91. Sie kritisiert die nach wie vor nicht transparente Verbuchung, welche auch von der SPK "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" beanstandet wurde, welcher sie noch bis Ende dieses Monats angehört. Sie versteht nicht, weshalb auch in der Rechnung 01 immer noch solche Positionen aufscheinen und hofft, dass dies in der Rechnung 02 nicht mehr der Fall sein wird.
SR Th. Feurer wird sich bemühen, dass solche Kommentare künftig nicht mehr drin stehen. Er weist darauf hin, dass der effektive Aufwand massiv unter dem Budgetbetrag von Fr. 12'900.-- liegt.
- Seite 126 - Pos. 4702 318.00 Veterinärdienst
 Entschäd. Dienstleistung Dritter Fr. 2'180.45
Paul Bösch (OeBS) verweist auf den Kommentar auf Seite 127:
"Der vom Kanton direkt bezahlte Postkurier ist nicht mehr verfügbar, dadurch sehr viele Express-Porti."
 Der Votant regt an zu prüfen, ob ein Velokurier hier günstiger wäre. Oekologischer sei er sicher.
SR V. Heller nimmt diese Anregung entgegen und wird dies prüfen.
- Seite 156 - Pos. 5704 435.10 Altersheim Wiesli
 Lebensmittel- und Materialverkäufe Fr. 15'424.80
Paul Bösch (OeBS) verweist auf den Kommentar auf Seite 157:
"Vermehrter Verkauf Pflegematerial und Medikamente an das Personal"
 Der Votant möchte wissen, welche Medikamente in welchem Umfang verkauft wurden.
SR U. Hunziker wird die Information nachliefern. Es handelt sich bei den Medikamenten um rezeptfreie Produkte. Der Umsatz bewegt sich bei ca. 100 - 150 Franken pro Monat.
- Seite 160 - Pos. 5830 436.40 Alimentenbevorschussung
 Alimenteneingänge Fr. 745'000.--
Urs Tanner (SP) nimmt Bezug auf den Kommentar auf Seite 161 und vertritt die Auffassung, dass diese Rückzahlungsquote (56%) noch verbesserungsfähig sei.
SR Th. Feurer ist anderer Meinung. Mit Blick auf die Rechnungen der letzten Jahre sei diese Quote beachtlich. Es gab Jahre mit einer Rückzahlungsquote von 30%. "Das Inkasso wird sehr konsequent gemacht. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Männer ist ein direkter Faktor, welcher diese Quote beeinflusst."

Sollte wieder eine Rezession eintreten, wären dies die ersten Leute, welche zahlungsunfähig würden.

Seite 216 - 9000 Gemeindesteuern
Alfred Zollinger, GPK-Präsident verweist auf den Antrag der GPK bezüglich Einlagen in Spezialfinanzierungen aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.00 für Fonds für die Oberflächengestaltung Herrenacker (Kto. 10.462.00)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.05 für Fonds für einen zusätzlichen Neubau der Schule Breite (Kto. 09.462.00)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.06 für Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten für Kindergarten Kessel (Kto. 36.462.00)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.07 für Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten für Kindergarten Spiegelgut (Kto. 36.462.01)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.08 für Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten für Kindergarten Eschengut (Kto. 36.462.02)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.09 für Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten für Kindergarten Neubrunn (Kto. 36.462.03)	Fr. 200'000.--
- Einlage zu Lasten Kto. 9000.380.10 für Fonds für Neubauten von Doppelkindergärten für Kindergarten St. Peter (Kto. 36.462.04)	Fr. 200'000.--
Total	Fr. 1'400'000.--

Der GPK-Präsident bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Der Rat folgt dem GPK-Antrag mit **46 : 0 Stimmen**.

Seite 220 - Pos. 9420 314.31 Unterhalt Liegenschaften d. Finanzvermögens
 Int. School of SH Bauliche Veränderungen Marienstift
 Fr. 41'000.--

Paul Bösch (OeBS) erkundigt sich, welche Veränderungen gemacht wurden und welche Erträge aus der Vermietung dieser Liegenschaft resultieren.

SR K. Schönberger erklärt, dass es sich um bauliche Veränderungen im 1. Obergeschoss und um den Ausbau des Dachgeschosses handelt. Da sich die Schule einer guten Nachfrage erfreut, mussten die letzten Raumreserven aktiviert werden.

Der Mietzins der International School wurde gestaffelt angesetzt:

1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000, Fr. 12'000 pro Jahr, Fr. 1'000 mtl.

1. Juli 2000 bis 30. Juni 2002, Fr. 30'000 pro Jahr, Fr. 2'500 mtl.

ab 1. Juli 2002 Fr. 52'000 pro Jahr, Fr. 4'333 mtl.

Der Mietzins versteht sich ohne Nebenkosten, diese werden von der Mieterin direkt übernommen.

V. Investitionsrechnung Seiten 229 - 257 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

VI. Verpflichtungskredit-Kontrolle ab Seite 260

Seite 262 - Pos. 301 503.23 Kammgarntrakt Baumgartenstrasse
Ernst Spengler, 1. Vizepräs. stellt fest, dass mit dem Budget 2000 Fr. 350'000.-- bewilligt wurden. Per Ende 2001 wurden ca. Fr. 455'500.-- beansprucht, was einer Überschreitung von ca. Fr. 105'500.-- oder 30% entspricht.
 E. Spengler möchte wissen, ob der Beitrag von Ebnöther in der Höhe von Fr. 300'000.-- noch zum ausgewiesenen bisher beanspruchten Kredit hinzu kommt. "Hat der ganze Umbau so viel gekostet oder ist das der Betrag, den wir mit dem Budget bewilligt haben?"
SR Th. Feurer: "Es ist noch viel komplizierter. Herr Ebnöther hat uns total Fr. 600'000 Franken an die Ausstellung bezahlt. Was wir damals nicht gewusst haben - das hat uns der vormalige Stadtpräsident Max Hess nicht mitgeteilt -, dass von diesen 600'000 Franken Fr. 250'000.-- für das Buch reserviert waren. Wir kannten auch den Betrag nicht. Dieses Buch wurde in der Zwischenzeit geliefert. 600'000.-- minus 250'000.-- ergibt 350'000.--. Darum steht hier Anteil Sponsor. Zu diesen Geldern kamen z.B. noch 80'000 Franken der Schiller Stiftung hinzu. Der Museumsverein hat sich sehr grosszügig gezeigt, der Kanton hat Fr. 40'000.-- beigetragen usw. Diese Beiträge haben diese 350'000 Franken ergänzt plus Fr. 230'000.--, welche die Stadt SH auf dem Budgetweg schon gesprochen hat. Wir sind im Moment daran, die Schlussabrechnung zu machen. Diese 419'500 Franken entsprechen genau dem Kontostand per 31. Dezember 2001 (Ausgaben für die Ebnöther-Ausstellung). Es kommen im Jahr 2002 noch ein paar Rechnungen dazu. Wir konsolidieren im Moment die gesamten Ausstellungsaufwendungen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass wir einigermaßen im Budget sein sollten, insbes. wenn man die 250'000 Franken berücksichtigt, welche für das Buch aufgewendet wurden. Die Bücher wurden der Stadt von der Familie Ebnöther geschenkt. Die Einnahmen, welche wir aus dem Verkauf dieser Bücher realisieren, kommen wieder vollumfänglich dem Museums-Fonds zugute. Ich werde mit der Schlussabrechnung die genauen Zahlen auf den Tisch legen."

An dieser Stelle - es ist 18.00 Uhr - unterbricht die Ratspräsidentin die Sitzung für eine einstündige Pause bis 19.00 Uhr.

VII. Spezialfinanzierungen Seiten 270 - 292 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

VIII. Stiftungen und Legate Seiten 296 - 317 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

IX. Spezialverwaltungen Seiten 320 - 339 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

X. Stiftung Impuls Seiten 342 - 351 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

XI. Sonderschulen Seiten 354 - 358 Keine Fragen bzw. Bemerkungen.

XII. Betriebe Seiten 360 - 398

Gaswerk Schaffhausen Seiten 360 - 367

Christian Meister (SVP) Votum

"Auf Seite 361 in der Jahresrechnung des Städtischen Gaswerks ist vorgesehen, aus dem ordentlichen Unternehmensergebnis 1,3 Mio. Franken auf zwei Fonds zu verteilen.

Auf Seite 362 in der Bilanz können Sie ersehen, dass von diesen 1,3 Mio Franken 0,3 Mio Franken in den Tarifaufgleichsfonds fließen sollen und gleichzeitig ein neuer Fonds von 1 Mio Franken für die „Erschliessung neuer Gebiete“ gespeist werden soll.

Ich kann der Zuwendung einer Summe von 1 Mio Franken in einen Fonds an die „Erschliessung neuer Gebiete“ nicht zustimmen und stelle hiermit den Antrag, dass diese 1,0 Mio Franken genau so wie die vorgesehene Tranche von 0,3 Mio Franken an den Tarifaufgleichsfonds zu überweisen ist.

Bevor ich zur Begründung komme, lassen Sie mich vorweg schicken, dass ich hier jetzt nicht in meiner Funktion als Oelhändler spreche, sondern in meiner Funktion als städtischer Bürger, der in seiner privaten Liegenschaft mit Erdgas heizt und deshalb die Rechnungen der städtischen Werke jeweils bezahlen muss.

Ich vertrete hier mit meinem Votum also alle Erdgasbezüger der städtischen Werke, und ich bin sicher, dass ich in deren Sinne handle und spreche.

Nun zur Begründung meines Antrages:

Eigentlich ist es ja so, dass in der Regel grössere Produktionen dazu führen, dass die Gestehung für das Einzelne billiger wird und somit das Produkt insgesamt auch günstiger verkauft werden kann.

Beim Erdgas ist das aber nicht der Fall.

Es ist bekannt, dass der Absatz von Erdgas, auch derjenige der städtischen Werke Schaffhausen, in den letzten Jahren enorm gestiegen ist. Zu diesem Umsatzwachstum beigetragen haben aber nicht nur das Erdgasleitungsnetz innerhalb der Stadt und Neuhausen, sondern auch die Tatsache, dass dieses in andere Gemeinden wie z.B. Thayngen ausgebaut wurde.

Aber - und das belegen die Rechnungen der städtischen Werke in den vergangenen Jahren - der Ausbau in andere Agglomerationen, der notabene von uns städtischen Erdgaskonsumenten und von uns städtischen Steuerzahlern finanziert worden ist - führte nicht dazu, dass die Erdgaspreise gesunken sind.

Das hat einen ganz einfachen Grund:

Der Erdgaspreis ist nämlich gekoppelt an den Heizölpreis. Betrachtet man einzig den Preis für die Kilowattstunde, dann ist der Preis im Durchschnitt über 25% teurer als der Preis des Heizöls. Und so wie sich der Heizölpreis jeweils entwickelt, so entwickelt sich im gleichen Verhältnis auch der Erdgaspreis.

Nochmals, es ist also nicht so, dass je mehr die Städtischen Werke Erdgas verkaufen, desto günstiger sich der Preis für den Konsumenten entwickelt, sondern der Erdgaspreis passt sich immer dem Heizölpreis an!

Ich frage Sie daher, weshalb soll ich und bestimmt auch einige von Ihnen hier im Saal, als Erdgasbezüger in der Stadt Schaffhausen, den Ausbau des Leitungsnetzes der Städtischen Werke in andere Gemeinden finanzieren helfen? Ich habe ja nichts davon!

Und wenn Sie nicht Erdgasbezüger sind?

Weshalb sollen wir als SteuerzahlerInnen in der Stadt dann den Ausbau des Erdgasnetzes in andere Gemeinden finanzieren?

Wir sprechen ja immer wieder die Zentrumsfunktionen an und übersehen hier, dass die Städtischen Werke genau hier in die falsche Richtung die Zentrumsfunktionen mit unserem Geld überall im Kanton anbieten gehen und es sogar noch verschenken - sofern wir das zulassen!?

Was kümmern uns aber die Erdgasanschlüsse der anderen Gemeinden? Wenn diese doch an das Erdgasnetz angehängt werden wollen, dann sollen sie das doch auch selber berappen, so wie wir das in der Stadt auch gemacht haben!

Diese 1 Million Franken ist deshalb ein Betrag, der uns, den Erdgasbezügern des Städtischen Gaswerks gehört. Er wurde uns, den Erdgasbezügern abgezwickelt. Ich muss leider feststellen, dass nur deshalb, weil es im Bereich der Erdgasversorgung halt eben keine Konkurrenz gibt, die Städtischen Werke mit uns machen, was sie wollen - allerdings nur so lange, bis wir uns dagegen wehren!

Wenn Sie meinen Antrag unterstützen und gutheissen, dann wird der nächste Schritt sein müssen, dass wir von den Städtischen Werken verlangen, dass sie diesen Tarifausgleichsfonds, der derzeit auf 4,7 Mio Franken steht und wenn Sie meinen Antrag unterstützen, sogar bei 5,7 Mio Franken zu liegen kommt, in Form von Rückerstattungen an die Gasbezüger und an die Stadt reduzieren muss, denn es ist im Bereich der Heizenergiebranche absolut unüblich, Reserven in dieser Höhe zu bilden. Diese entsprechen einem Viertel des Jahresumsatzes des Gaswerkes SH.

Bestimmt sehen auch Sie keinen Grund, derartige Reserven zu bilden. Der Erdgaspreis passt sich ja sowieso immer dem Heizölpreis an, wie ich Ihnen das geschildert habe. Somit haben die Städtischen Werke ja auch überhaupt kein Einkaufsrisiko, und der Konsument muss oder darf jede Preisbewegung schlucken.

Also wofür werden denn da überhaupt so viele Reserven geschaffen? Jedem Privatunternehmen würden hier die Steuerbehörden diesen Betrag als versteckten Gewinn aufrechnen.

Ich hoffe deshalb auf Ihre Unterstützung für meinen Antrag, denn eine Rückerstattung an die Konsumenten wird dann vor allem auch den Wohnungsmietern in der Stadt, deren Liegenschaften mit Erdgas beheizt werden, über die Heizkostenabrechnung genau so zugute kommen, wie auch den Ein- und Mehrfamilienhaus-Besitzern, aber auch allen Betrieben, die mit Erdgas heizen.

Im Sinne eines gut schweizerischen oder schaffhauserischen Kompromisses könnte ich mir aber auch vorstellen, dass ein Teil dieser Reserven in etwas anderer Form allen Steuerzahlern der Stadt zugute kommen könnte, denn es ist ja tatsächlich auch so, dass alle SteuerzahlerInnen an den Ausbau des Gasnetzes beigetragen haben.

Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag zu unterstützen, dass diese eine Million Franken nicht an einen neu zu bildenden Fonds für „die Erschliessung neuer Gebiete“ überwiesen wird, sondern zu Gunsten der Erdgasbezüger und der Stadt in den Tarifausgleichsfonds einbezahlt werden muss.“

Kurt Zubler (SP) Fraktionserklärung

"Ich muss leider Christian Meister deutlich widersprechen. Er bringt seinen Antrag meines Erachtens an der falschen Stelle. Die städtischen Werke werden demnächst eine Vorlage zur Erschliessung von Beringen ausarbeiten und in dieser selbstverständlich die Finanzierung, die Kosten und den Nutzen eines solchen Projektes genau abgeklärt und begründet haben. Eine Diskussion über das ganze Vorhaben macht aber nur Sinn, wenn wir konkrete Unterlagen haben. Es macht keinen Sinn, jetzt über diesen Fonds zu entscheiden und damit eine Fundamentalabsage an einen Ausbau zu erteilen, sondern es macht jetzt Sinn, diese 1 Mio. dort zu belassen, wo sie verbucht wurde - im Sinne einer Option für ein solches Vorhaben. Gleichzeitig ist vom Gaswerk Schaffhausen zu verlangen, dass es uns und den StimmbürgerInnen etwas vorlegen muss, das man ablehnen kann, wenn man die Fakten und Tatsachen sieht. Dann können Sie kommen und sagen, Kollege Meister, mit diesem Projekt subventionieren wir Städter die Beringer. Vielleicht - so hoffen wir - werden die Zahlen so aussehen, dass wir in einer mittelfristigen Perspektive von diesem Projekt profitieren werden. Sollte dies nicht der Fall sein und sollte das Volk zu dieser Vorlage allenfalls Nein sagen, ist diese Million immer noch da und kann dann umplatziert werden.

Ich selbst hätte im Namen der SP Fraktion - Andres Bächtold hat es angekündigt - im Bereich Wasserwerke einen ähnlichen Vorstoss gemacht und zwar bezüglich des Spezialfinanzierungskontos "Liberalisierung", welches beim Gaswerk 1,1 Mio und beim Wasserwerk 1,5 Mio Franken aufweist. Ich hätte Ihnen beantragt, diese 1,5 Mio Franken entweder abzuschöpfen - wie das die Neuhauser beim Wasser grosszügig gemacht haben - und diese zur Schuldentilgung der Stadt zu verwenden oder diesen Betrag für die Senkung der Tarife einzusetzen. Wir hatten am letzten Mittwoch eine Sitzung der Verwaltungskommission GWW und haben die Sache auf den Tisch gelegt. Ich konnte dabei überzeugt werden, dass es im Sinne der städtischen Werke, welche wir alle unterstützen wollen, ist, wenn wir die Sache für dieses Jahr so belassen, d.h. die beiden Liberalisierungsfonds so platziert lassen; dies im Sinne, dass die Geschäftspolitik mittel- und langfristig formuliert werden kann. Diese beiden Fonds - wenn sie denn nicht benötigt werden - können jederzeit umgelagert oder in die Stadtkasse überführt werden. Aber jetzt nach erfolgter Abstimmung über die Verselbständigung der Werke, wo wir eine neue Ausgangslage haben, scheint es mir sinnvoll zu sein, diese Gelder so zu belassen und eine politische unternehmungsstrategische Diskussion zu führen, welche die Perspektive der Werke stärkt.

In diesem Sinne ziehe ich im Namen der SP Fraktion den von Andres Bächtold angekündigten Antrag in diesen beiden Punkten zurück. Wir möchten die Sache so belassen, wie sie ist."

Roland Schöttle (FDP)

Votum

"Christian Meister hat nicht in meinem Namen gesprochen, wenn er seine These vertreten hat, "ich spreche für alle Gasbezüger". Ich vertrete sicher auch den Wunsch, dass die Gaspreise für die Konsumenten gesenkt werden sollen. Aber ich vertrete andererseits die Idee einer langfristigen Politik. Nach geschlagener "Schlacht" über die Verselbständigung ist es richtig, dass eine Vorwärtsstrategie bei den städtischen Werken - sprich beim Ausbau der städtischen Werke - sicher eine Methode ist, um künftig und langfristig für die BezügerInnen zu günstigeren Preisen zu kommen. Deswegen bin ich dafür, dass wir - so wie das jetzt Kurt Zubler - mit dem ich selten einer Meinung bin - richtig ausgeführt hat, diese unternehmerischen Gedanken unterstützen und nicht kurzfristig alles über Bock werfen sollen. Die Werke sollen sich zuerst konsolidieren, eine neue Geschäftspolitik definieren und neue Parameter abstecken. Erst dann können wir allenfalls über eine anderweitige Verwendung der erwähnten Fondsgelder beschliessen. Ich bin davon überzeugt, wenn unsere Werke wachsen und deren Festkosten auf grössere Abnehmerzahlen verlagert werden können, können sie mittel- und langfristig die günstigeren Produktpreise anbieten. Wenn man andere Gemeinden jetzt erschliesst, kann man nicht von Zentrumsfunktionen in dem Sinne sprechen, wie sie immer im Zusammenhang fehlender Abgeltung durch Kanton und Landgemeinden genannt werden. Denn hier werden die Preise ja über die Einheiten bezahlt. Es mag dann vielleicht ein Diskussionspunkt sein, inwiefern die betroffenen Gemeinden an den Erstellungskosten partizipieren. Da vertrete ich auch die Auffassung, wie Kurt Zubler gesagt hat, dass man erst die Vorlage abwarten und die "Kriegskasse" einstweilen so stehen lassen und dann entscheiden soll, wenn das Ganze spruchreif ist. Ich bitte darum auch als Mitglied der VK, dass man diesem Vorgehen jetzt zustimmt. Im übrigen ist nicht aus der Schule geplaudert, wenn ich hier sage, dass man in der Kommission im Hinblick auf das Budget 2003 deutlich über Tarifsenkungen gesprochen und solche beschlossen hat."

Stadtpräs. Marcel Wenger

"Ich danke Ihnen, dass Sie mir Gelegenheit geben, zum Antrag Meister Stellung zu nehmen. Ich bitte Sie, diesen Antrag - wenn er aufrecht erhalten bleibt - abzulehnen. Es sind jetzt 4 Wochen her, seit wir eine neue Situation haben. Die Verselbständigungsvorlage ist vom Volk deutlich abgelehnt worden. Dies verlangt eine strategische Neuorientierung der städtischen Werke ohne Verselbständigung, um trotzdem erfolgreich am Markt tätig zu sein. Wir werden diese strategische Neuausrichtung vornehmen. Dies ist jedoch nicht innert Monatsfrist möglich. Dies ist mit ein Grund, weshalb wir Ihnen heute nicht schon genau sagen können, was mit diesen Fonds und Rückstellungen im Zusammenhang mit der Liberalisierung und der Verselbständigung geschehen soll. Ich bin deshalb GrSR Kurt Zubler und auch Roland Schöttle sehr dankbar, dass sie darauf hingewiesen haben, dass es diese strategische Neuausrichtung der Werke braucht, und dass wir in Bezug auf den Anschluss neuer Gebiete Ihnen auch vorlegen müssen, wie sich diese Anschlussprojekte und Investitionen rechnen.

Ich möchte zu Christian Meisters Ausführungen doch noch ein paar Sachen sagen, die er in der Detailbegründung gebracht hat, die auf den ersten Blick sehr einleuchtend, aber wenn man sie an der Politik des Gaswerkes misst, vielleicht nicht so nachhaltig sind. Ich bin Christian Meister sehr dankbar, dass er mit Erdgas heizt; da springt er quasi über seinen eigenen Schatten. Daher dürfte Gas auch nicht so wahnsinnig viel teurer sein als Oel

Es ist effektiv nicht so, dass die Steuerzahlenden dieser Stadt an dieses Gaswerk wirklich bezahlen müssen. Es ist ja eine getrennte Betriebsrechnung; diese weist aus dem Betrieb des Gaswerkes selber Gewinne aus. Man darf sicher mit Genugtuung feststellen, dass die Gewinne des Gaswerkes in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Das ist nicht zu letzt wegen günstigeren Einkaufskonditionen dank den grösseren Mengen geschehen. Wir durften kürzlich einen neuen Aktionärsbindungsvertrag mit der Erdgas Ostschweiz abschliessen. In der Gewichtung der Stadt Schaffhausen als Gasabnehmerin sind wir vom 4. auf den 3. Rang vorgerückt hinter Zürich und St. Gallen, aber neu vor Winterthur, weil wir einiges mehr an Erdgas verkaufen konnten bzw. können. Das führt dazu, dass wir etwas günstiger einkaufen können und auch die Fixkosten, weil wir sie auf mehr Abnehmer verteilen können, tendenziell je Abnehmer sinken.

Der von Christian Meister erhobene Vorwurf, dass die städtischen Erdgaskonsumenten und Steuerzahlenden den Netzausbau in Beringen zu finanzieren hätten, kann so nicht Bestand haben. Auch unsere Kunden in Thayngen, Feuerthalen, Schlatt und Diessenhofen bezahlen die Leitung mit dem Erdgaspreis letztlich selber. Sie muss sich finanzieren, sie muss abgeschrieben werden. Diese Erdgaspreise verteilen sich zwar auf alle Kundinnen und Kunden, aber je mehr Kundschaft wir haben, um so eher rechnet sich eine neue Leitung. So schlecht sind wir damit gar nicht gefahren. Das Gaswerk hat in den letzten Jahren immer wieder Ablieferungen getätigt - trotzdem es im Markt steht mit dem Oel.

Es ist nicht so, dass sich der Erdgaspreis immer sofort am Heizölpreis orientiert. Ich hatte im letzten Winter zweimal die Gelegenheit, festzustellen, dass wir Preissteigerungen nicht weiter gegeben haben, die uns die Erdgas Ostschweiz überwältigt hat, weil der Spotpreis für das Erdoel angestiegen ist. Wir haben die Preissteigerung nicht weiter gegeben, weil wir eine gut dotierte Tarifausgleichsreserve haben. Wir werden - wenn es noch schlimmer wird - den Preis auch noch länger günstig halten können. Dann hat die Erdgas Ostschweiz festgestellt, dass auch der Heizölpreis wieder sinkt. Wir konnten dann zweimal Rabatte an die Kundschaft weiter geben. Es ist heikel, die Tarifausgleichsreserve klein werden zu lassen. Wenn wir diese unter einen bestimmten Wert absinken lassen, können wir eine solche Politik - die Nichtweitergabe von Preiserhöhungen - nicht aufrecht erhalten. Beim Erdgas - das ist der grosse Unterschied zum Oel, Christian Meister - kauft sich die Kundschaft nicht einen sog. Vorrat in den Tank, den er auch noch selber bezahlen muss. Der Erdgaskunde bezieht jederzeit genau die von ihm aktuell benötigte Menge. Die Vorratshaltung und die Vorfinanzierung überlässt der Erdgaskunde dem Gaswerk. Das ist mit einem erhöhten kommerziellen Risiko verbunden. Wir müssen bei der Erdgas Ostschweiz sog. Nominationen bezahlen - Gasmengen, welche wir nachher abzusetzen haben. Das kommerzielle Risiko resultiert u.a. aus dem Umstand, dass Zweistoffkunden bei raschem Rückgang der Oelpreise auf das Oel umstellen. Dann hat das Gaswerk das Problem, dass es auf der Nomination sitzen bleibt.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den Antrag Meister ablehnen und abwarten, was wir Ihnen in der Vorlage bezüglich der Erschliessung von Beringen bringen."

Ernst Gründler (FDP) Votum

"Ich spreche zum Antrag von Ratskollege Christian Meister, der es ausgezeichnet verstanden hat, als "Ölscheich vom Herblingertal" - des örtlichen Genossenschaftsverbandes - auf die hier ansässige und mächtige Öl-Lobby aufmerksam zu machen.

Er möchte unserem Rat beliebt machen, auf mögliche Entwicklungspotentiale für die Erschliessung neuer Gebiete mit Erdgas zu verzichten bzw. diese zu verhindern.

Bisher haben unsere klassischen Energieträger Erdgas und Erdoel in unseren Breitengraden je nach Erschliessungsgrad vielfältige Anwendungsgebiete für Haushalt, Gewerbe und Industrie geschaffen.

In meiner beruflichen Tätigkeit gehören Nutzungs- und Umweltverträglichkeits-Beurteilungen mit Kostenvergleichen beider Energieträger fast zur täglichen Aufgabe.

Nutzungsmässig weist Erdgas in erschlossenen Gebieten in Bezug auf Erstellungskosten gewisse Vorteile gegenüber Erdoel auf. Eine Kosten-Nutzen-Analyse entscheidet in der Regel für den vermehrten Einsatz zugunsten des umweltfreundlicheren und preisgünstigen Energieträgers Erdgas.

Mit Erdoel sind in der Regel höhere Investitionskosten verbunden. Igemässigt hat die Erdoelwirtschaft in den letzten Jahren erfolgreich auf Qualitätsverbesserung gesetzt; dies war unbedingt nötig!

Der Antrag Meister ist Schlaumeierei und wird von mir nicht unterstützt. Infolge Liberalisierung der Energiemärkte rechne ich mit massiven Reduktionen beim Strom und Erdgas für alle Nutzerkategorien."

Jakob Deppe (FDP) Votum

"Auch ich bin Gasbezüger - dies als Vorbemerkung. Ich habe nur einmal vom Stadtpräsidenten das Wort Investition gehört. Die Erschliessung neuer Gebiete ist eine Investition in die Zukunft. Wenn ich das richtig im Kopf habe, hat die Stadt nicht sehr viel Geld übrig, um zu investieren; im Gegenteil, sie hat zu wenig Geld.

Voilà, hier haben wir 2,4 Mio Franken zur Verfügung, die wir investieren können. Es wären einige kleine Bauunternehmungen froh, wenn sie da ein bisschen Arbeit kriegen würden."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich war ein Skeptiker in der ganzen Verselbständigungsdiskussion. Ich muss aber heute nach diesen Voten doch feststellen: Es ist gut, so wie es jetzt ist. Offensichtlich haben die meisten in diesem Rat begriffen, dass es nun heute darum geht, die städtischen Werke auch in der nicht verselbständigten Form auf eine gute Bahn zu schicken. Da macht es mir Freude, wenn ich das Wort Investition höre. Ich war ein wenig verwundert, Christian Meister, von einem Unternehmer zu hören, dass man nicht wachsen und investieren soll. Das hat mich aus betriebswirtschaftlicher Sicht schon leicht befremdet. Wir sollten die städtischen Werke und die Ressourcen jetzt nutzen für eine Vorwärtsstrategie. Ich persönlich glaube nicht, dass der Markt im Gasbereich kommt. Vielleicht ist das auch gut so. Aber auch wenn der Markt nicht kommt, sind wir mit gut ausgestatteten städtischen Werken in der Lage, den Service public zu moderaten Preisen aufrecht zu erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie auch, dem Antrag Meister nicht zuzustimmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Werkreferenten darauf aufmerksam machen, dass die Werke sensibler werden müssen in Bezug auf die Kommunikation mit den Kunden. Es ist nämlich auch schon passiert, dass die Werke z. B. die Preiserhöhung auf den Winter verschoben haben. Das kommt beim Kunden schlecht an, wenn er in der Sommerpause von einer Preiserhöhung verschont bleibt, und im Herbst/Winter, wenn er die Energie benötigt - und die Oelpreise allenfalls sinken - die hohen Gas-Tarife bezahlen muss."

Christian Meister (SVP) Votum

"Ich habe das Gefühl, ich sei sozialer als die sozialistische Partei heute Abend. Ich spreche auch für die Mieter, die das Geld wieder zurück bekommen würden.

Nach Kurt Zublers Votum wäre ich eigentlich fast bereit gewesen, zu sagen, ich ziehe meinen Antrag zurück. Leider hat dann der Stadtpräsident grossspurig erzählt, wie gut die Gaswerke Geld verdienen. Das wird uns Gasbezügern aus der Tasche heraus gezogen! Dieses Geld hätte das Gaswerk schon längst uns zur Verfügung stellen müssen. Dann ist er weiter mit einer - ich sage jetzt - Unwahrheit gekommen, Marcel Wenger. Dass der Ausbau in den Gemeinden von den Hausbesitzern finanziert wird, ist schlichtweg eine Lüge. Der Gasbezüger bezahlt von der Strasse in sein Haus und nicht mehr. Alles andere bezahlen die Gaswerke und die Steuerzahlenden. Das könnt Ihr mir glauben, das weiss jetzt der Ölscheich oder der Ölhändler oder wie immer Ihr mich betiteln wollt. Ich ziehe meinen Antrag nicht zurück, weil ich im Namen vieler Erdgasbezügler spreche und ich möchte, dass die Tarife nächstes Jahr gesenkt werden."

Stadtpräs. Marcel Wenger

"Ich bedaure es ausserordentlich, dass Christian Meister mich der Lüge bezichtigt hat. Das ist das Wort, das ich gehört habe. Ich erwarte dafür zumindest eine persönliche Entschuldigung nach der Sitzung. Ich habe auch keinerlei Grossspurigkeit gezeigt. Ich habe etwas vergessen zu sagen, das ich gerne bei Christian Hablützel nachtragen würde. Wir werden natürlich den Auftrag der GPK ernst nehmen und Tarifsenkungen vorbereiten. Diese Vorlagen sind in Auftrag gegeben. Es wird beim Gas in Richtung einer 5%igen Tarifsenkung auf diesen Herbst gehen. Es wird beim Strompreis Tarifsenkungen in der Grössenordnung 6 - 8% geben. Die NOK als Vorlieferant hat ebenfalls Tarifsenkungen angekündigt. Wir werden Ihnen dies aufgrund einer detaillierten Tarifvorlage im Herbst zeigen können. Dies ist sicher ein Beweis dafür, dass wir uns marktkonform verhalten.

Es ist nicht so, dass das Gaswerk irgendwelche Gelder bei den Kunden abzockt. Wir müssen gegenüber dem Oel und dem Strom als Konkurrenzenergien auch bestehen können. Ich finde es etwas deplatziert, wenn dem Gaswerk unterstellt wird, es würde über Gebühr Kasse machen. Es hat ja auch den Auftrag, gewinnbringend zu arbeiten, um weiter wachsen zu können. Das Wachstum des Gaswerks ist auch lufthygienisch von grosser Bedeutung. Das ist unsere Politik, dass wir einzelne Gemeinden, die in der Lage sind, uns Gas abzunehmen, anschliessen; sogar im Sinne einer regionalen Versorgung. Die Umstellung auf Gas bringt auch eine grosse Stromkomponente mit sich. Das ist eine sinnvolle Politik. Wenn Sie diese Politik nicht mit tragen, Christian Meister, so ist das eine Sache. Aber Sie sollten sich gut überlegen, ob Sie dem Stadtpräsidenten das Wort Lüge an den Kopf werfen wollen."

Peter Wullschleger (CVP)

Votum

"Als was soll ich jetzt sprechen, als Gasbezüger, der ich auch bin? Ich würde mich natürlich freuen, wenn die Gaspreise aus welchem Grund auch immer herunter gehen würden, egal ob das die Verwaltungskommission beschliesst oder ob das auf Initiative von Christian Meister erfolgt."

Nun aber zum Antrag Meister. Aus unternehmerischer Sicht, betriebswirtschaftlich - das wurde verschiedentlich gesagt - macht für mich der Antrag wenig Sinn. Aus politischer Sicht indessen schon. Es wird in diesem Rat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stadt Zentrumsleistungen zu erbringen hat, welche nicht abgegolten werden. Insofern hat den Antrag Meister mindestens zu 50% meine Sympathie. Ich denke aber, dass die ganze emotionale Explosion von vorhin nicht nötig gewesen wäre, wenn es dem Stadtpräsidenten gelungen wäre, hier zu sagen, wie viel Prozent beispielsweise der Gaseinkaufspreis geringer ausfallen könnte, wenn Beringen ans Gaswerk angehängt wird. Das hätte unter Umständen auch Christian Meister dazu bewegen können, mit Blick auf die bevorstehenden Vorlagen seinen Antrag zurück zu ziehen."

Roland Schöttle (FDP)

Votum

"Ich möchte nur ganz kurz sagen, Christian Meister: Die Leitungsanlagen gehören den Werken. Wir machen über die Werke Abschreibungen. Wir erwirtschaften Mittel auf den Anlagen / dem Leitungsbau. Die werden finanziert. Das Wasserpumpwerk Warthau wurde aus Mitteln der städt. Werke, welche über Jahre zurück gestellt wurden, finanziert. Es ist nicht wahr, was Du gesagt hast. Auch unternehmerisch kann nie die Denkweise aktuell werden, dass wir keine Gewinne und Erträge machen dürfen bei diesen Werken. Man kann nicht eine Null auf Null Rechnung anstreben, damit jeder Rappen, der erwirtschaftet wird, sofort wieder in irgend einer Form dem Konsumenten zurück gegeben wird. Eine unternehmerische Organisation muss Gewinn machen, um Kraft zu haben. Darum ist diese Rückstellung richtig. Ob sie dann so eingesetzt wird, wie sie jetzt visionär geplant ist, das zu entscheiden steht ja dann uns wieder zu oder allenfalls dem Volk. Wir können keinen Entscheid fällen, wenn wir keine Mittel haben. Darum Nein zu Deinem Antrag. Ich zahle auch gerne tiefere Tarife; diese werden kommen."

ABSTIMMUNG

über den Antrag Christian Meister

"Der im a.o Erfolg des Gaswerkes ausgewiesene Betrag von Fr. 1,3 Mio Franken ist komplett dem Tarifausgleichsfonds zuzuweisen."

Der Rat **lehnt** diesen Antrag mit **32 : 5 Stimmen ab**. Die 1 Mio Franken verbleiben somit in der Spezialfinanzierung "Erschliessung neue Gebiete"

Wasserwerk	Seiten 369 - 377	Keine Wortmeldungen.
Wärmeverbund Herrenacker	Seiten 379 - 381	Keine Wortmeldungen.
Elektrizitätswerk EWS	Seiten 383 - 392	Keine Wortmeldungen.
Verkehrsbetriebe SH	Seiten 393 - 398	Keine Wortmeldungen.

Bericht des Stadtrates Seiten römisch I - XXIV Keine Wortmeldungen.

Antrag des Stadtrates Seite römisch XXV

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest den Antrag des SR

"Der Grosse Stadtrat genehmigt die Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum."

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **47 : 0 Stimmen**

- a) die Jahresberichte 2001 "Leistungsauftrag der 5 Pilotabteilungen WOV" Stadt SH einschliesslich Antrag GPK bezüglich Altersheim Steig (Analyse Mahlzeitendienst an Pro Senectute)
- b) den Antrag der GPK bezüglich 7 Einlagen à Fr. 200'000.-- = Total Fr. 1,4 Mio aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung 2001 in diverse Spezialfinanzierungen
und
- c) den Antrag des Stadtrates
"Der Grosse Stadtrat genehmigt die Jahresrechnung 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum."

An dieser Stelle stellt die Ratspräsidentin den **Geschäftsbericht des Stadtrates 2001** zur Diskussion.

Esther Bänziger (SP) nimmt - wie sie sagt - zum wiederholten Mal Bezug auf die Besoldungsstruktur aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der allg. Verwaltung und der Heime (Seite 28 des Geschäftsberichtes).

Sie bemängelt die tiefen Löhne BK 1 - 7, wo 165 Frauen und lediglich 10 Männer eingestuft sind. In diesen Besoldungsklassen sind 40% aller bei der Stadt angestellten Frauen und lediglich 3% der angestellten Männer eingereiht. In diesen BK sind sicher Reinigungsfrauen dabei, aber auch z.B. Kleinkindererzieherinnen (ab BK 6) und Pflegeassistentinnen, die eine grosse Verantwortung tragen und viel Erfahrung mitbringen müssen. Ich kann nur hoffen, dass die neue Funktionsbewertung da endlich Abhilfe schafft.

In den oberen Lohnklassen ist das Verhältnis umgekehrt: Ab BK 21 sind 10% der Männer noch eingereiht und gerade noch 2% der Frauen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf ... "

Weitere Bemerkungen werden nicht angebracht.

Das Geschäft ist somit erledigt.

2. Teil des Protokolls

der 9./10. Sitzung (Doppelsitzung) vom Dienstag, 2. Juli 2002

**Traktandum 3 VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten
Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen
der Stadt SH, Grundsatzentscheid
EINTRETENS-DEBATTE**

Dieses Geschäft wurde in einer 15er SPK vorberaten.

Bernhard Egli (OeBS) Präsident der SPK *

"Meine Damen und Herren, wir haben ein schwergewichtiges Geschäft vor uns:

- eine Zusammenfassung in weiss
- eine ausführliche Information in grau und
- ein Anhang in grün zusammen 80 Seiten.

Wie Sie mich kennen, werde ich meinen Kommissionsbericht nicht ausufern lassen, sondern mich kurz fassen. Sie haben schon genug Papier bekommen.

Nach einer kurzen Übersicht über die WoV-Pilotphase werde ich die Kommissionsarbeit zusammenfassen und die Beschlüsse der Kommission und den Minderheitsantrag erläutern.

Zum Vorgehen schlage ich vor, dass wir nach der Eintretensdebatte, vorausgesetzt dass wir Eintreten beschliessen, in der Detailberatung die weisspapierige Zusammenfassung seitenweise durchgehen und bei Fragen und Diskussionspunkten jeweils gleichzeitig die entsprechenden Abschnitte der graupapierigen ausführlichen Information behandeln. Vor den Anträgen stünde dann noch der Anhang zur Diskussion.

1. Ausgangslage

Anfang 1998 diskutierten wir die Frage, ob die Stadt neben den WoV-Pilotversuchen des Kantons noch eine eigene Pilotphase starten wolle. Der Grosse Stadtrat stimmte dem am 31. März 1998, meiner Meinung nach zum guten Glück, zu. Seit dem 1.1. 1999 bis heute laufen nun 5 Abteilungen der Stadtverwaltung, je eine pro Referat. Die Verwaltung, die Regierung sowie das Parlament haben dabei viel gelernt. Fehler wurden festgestellt, bereinigt, Leistungsindikatoren angepasst, ein Controlling eingeführt usw.

Das war der sinnvolle Zweck der Pilotphase, das neue System kennenzulernen, auszutesten, zu verbessern und in Form dieser heute zur Diskussion stehenden Vorlage den Grundsatzentscheid zu fällen, WoV gesamthaft einzuführen oder zu beerdigen.

2. Kommissionsarbeit

An drei Sitzungen haben wir die Vorlage beraten. An der ersten Sitzung haben wir Eintreten diskutiert. Dabei zeigte sich bald das eigentliche Problem des Geschäfts: Wir haben einen Grundsatzentscheid zu fällen, zwar mit einer sehr ausführlichen Vorlage, aber in vielen Bereichen nicht detailliert ausgearbeitet, da es ja erst um einen Grundsatzentscheid geht. Andererseits wollte und konnte der Stadtrat nicht mit grossem Aufwand eine definitive WoV-Umstellungsvorlage ausarbeiten, ohne nicht vorher den Grundsatzentscheid des Parlaments in Händen zu haben.

Kaufen wir deshalb heute die Katze im Sack? Ich denke nicht, denn wie einleitend gesagt, haben wir eine dreieinhalbjährige Pilotphase hinter uns; das Parlament ist mit einer ständigen Kommission - dem WoV-Steuerungsausschuss - von Anfang an begleitend dabei. Die Stadt hat Ausbildungsseminare für alle interessierten Parlamentarierinnen, Parlamentarier und Verwaltungsangestellte durchgeführt. Wir hatten einen professionellen externen Berater zur Seite, welcher auch von Erfahrungen anderer Kommunen berichten konnte. Gleichzeitig wurde eine Parlamentsreform vorbereitet. Das heisst, wir wissen heute auch als Parlament recht viel zu WoV in der Stadt Schaffhausen. Und ein ganz wesentlicher Punkt, den ich vom Stadtrat hier im Plenum noch bestätigt haben möchte: Sollten wir unter Antrag 3 den Stadtrat beauftragen, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten für die Realisierung der Projekte

- Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und
- Parlamentsreform

wird dies der Stadtrat und die Verwaltung in engem Austausch mit dem Parlament ausarbeiten, wo wir geeignet Einfluss nehmen können. Ich weiss nicht, ob es den Begriff der "rollenden Vernehmlassung" schon gibt.

Ich möchte nicht weiter auf Details der Eintretensdebatte eingehen, die Fraktionen werden ihre unterschiedlichen Positionen selber einbringen. Nur noch so viel: Wesentlich, nein, Motor der ganzen WoV-Dynamik ist der dringende Handlungsbedarf in der Organisation der öffentlichen Verwaltung: Abteilungsintern und stadtintern, vielmehr aber auch unter dem Gesichtspunkt, dass zwischen den verschiedenen politischen Ebenen von Bund, Kanton und Gemeinden viel aktualisiert, neu geregelt, anders verteilt wird. Gemeinden legen Abteilungen zusammen, Kanton und Gemeinden kombinieren und vereinfachen Aufgabenteilungen. Beispielsweise steht in Vorbereitung, dass die Stadt Schaffhausen für alle Gemeinden des Kantons das Zivilstandsamt führen soll. Der Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden sowie eine faire Abgeltung der Zentrumslasten der Stadt stehen zur Diskussion. Aufgaben, Leistungen und Kosten gilt es zu erfassen und auszuweisen. Nicht zuletzt geht es darum, die Führungsaufgaben zwischen Regierung und Verwaltung modern zu organisieren.

Eintreten wurde schlussendlich mit 10 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen bei 1 Abwesenheit beschlossen.

An der 2. und 3. Sitzung wurde die Detailberatung durchgeführt. Hier noch mehr als beim Eintreten zeigte sich bei vielen Fragen, dass wir erst eine Vorlage zum Grundsatz vor uns haben und viele Details noch nicht ausgearbeitet sind. Aus der Detailberatung ein paar wichtige Punkte für das Ratsplenum:

Das Problem des Abbruchs der Pilotphase der SHPL und des Wechsels zum Altersheim Steig als Pilotabteilung war meiner Meinung nach der grösste Fehler, der uns in der WoV-Pilotphase unterlaufen ist, nämlich, dass wir nicht den Mut hatten, von Anfang an eine Controllingposition personell zu besetzen, welche Zeit gehabt hätte, die Pilotabteilungen in der sehr aufwändigen Startphase und der schwierigen ersten Umsetzungsphase optimal zu unterstützen und zu schulen. Das System "learning by error" hatte leider Opfer zur Folge.

Controlling: Im Bericht ist von 3 - 4 Stellen im Controlling die Rede. Dabei ist gemeint, dass etwa 2 Personen im Controllingdienst tätig sind, und dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den einzelnen Referaten im Umfang von etwa 2 Stellen Controllingaufgaben in ihren Referaten leisten.

Das System der Übertragung des nicht ausgeschöpften Globalbudgets auf das Folgejahr muss noch angepasst werden, so dass Lösungen auch für diejenigen gefunden werden, welche sehr genau budgetieren können und es somit kaum zu Fondszuweisungen kommt.

In der 3. Sitzung ging es noch um die Bereiche Parlamentsreform und Auswirkungen der Gesamteinführung. Bei der Diskussion der Parlamentsreform war es wiederum schwierig zu diskutieren, da eben die Details nach einem positiven Grundsatzentscheid erst noch erarbeitet werden müssen.

Ein paar wichtige Punkte:

1. Die Art und Weise der Fachkommissionen und ihre Grösse gab lange zu reden.
2. Der Stadtpräsident stellte in Aussicht, dass das Parlament zu den heutigen Instrumenten weitere dazu erhält. Dies und das strategische „Wie“ des Parlaments muss in der Parlamentsreformvorlage definiert sein.
3. Auch die Parlamentsreform soll, wie die Verwaltungsreform, in Etappen umgesetzt werden.

Von SP-Seite wurde immer wieder Kritik eingebracht, grundsätzlich zu WoV und auch im Detail: Lässt sich die derart vielschichtige Stadt nach einem Prinzip aus der Wirtschaft, resp. der Wirtschaftshochschule reorganisieren? Weiteres wird die SP Fraktion sicher noch einbringen.

Zum Schluss kristallisierte sich die Kernfrage heraus. Dass grosser Reformbedarf besteht, war allseits unbestritten. Die Frage jedoch war:

Soll die Reform flächendeckend etappenweise nach den spezifischen Bedürfnissen der Stadt eingeführt werden, auf Regierungs-, Verwaltungs- und Parlamentsebene oder soll auf WoV verzichtet und situativ in den Verwaltungsbereichen und Abteilungen, wo sich Handlungsbedarf zeigt, reformiert werden?

Damit kamen wir zu den Anträgen (dabei waren 2 Mitglieder abwesend und eines musste die Sitzung vorzeitig verlassen, also waren wir noch zu zwölf):

Antrag 1 wurde einstimmig gutgeheissen.

Dem Antrag 2 wurde von Peter Neukomm (SP) folgender Gegenantrag gegenübergestellt:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Vorlagen zu unterbreiten für die Realisierung gezielter Reformprojekte in der städtischen Verwaltung, insbesondere zur Rechnungslegung (z.B. Kosten- und Leistungsrechnung) und zu den Führungsstrukturen in einzelnen Verwaltungsabteilungen.“

Der Antrag 2 gemäss Vorlage obsiegte mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Antrag 3 wurde mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Antrag 4 wurde mit 8 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Zum Schluss möchte ich Stadtpräsident Marcel Wenger, Stadträtin Veronika Heller, Zentralverwalter Thomas Jaquet und Controller Werner Bianchi für die gute Arbeit, die freundliche Atmosphäre und die kompetente Begleitung in der Kommission herzlich danken."

Bernhard Egli (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Ich erlaube mir, die eine Hälfte der Fraktionsposition darzulegen. Eintreten war unbestritten. Wir sind der Meinung, die Pilotphase hat lange genug gedauert. Es bringt nichts, diese weiter zu verlängern. Wir müssen heute entscheiden: Ja zur definitiven Einführung oder Ja zur Beerdigung der WoV-Übung. Ebenfalls unbestritten war bei uns, dass ein eminenter Reformbedarf besteht. Bezüglich der Frage, ob man diesem mit WoV begegnen soll oder auf die Art, wie es Peter Neukomm beantragt - situativ und objektbezogen - sind wir in unserer Fraktion geteilter Meinung."

Edgar Mittler (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Im Namen der FDP-Fraktion teile ich Ihnen mit, dass wir auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen werden.

Wir haben heute über die Gesamteinführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen, **und zwar im Grundsatz**, zu entscheiden, d.h. es kann heute nicht darum gehen, bereits bis ins letzte Detail zu wissen, wie, was, wann passiert. Jede Reform ist offen und es stellen sich Fragen, die noch nicht beantwortet werden können. WoV soll etappenweise in einem kontinuierlichen Prozess realisiert werden.

Projekteinführungen haben es so in sich, dass es sich in Teilbereichen anders entwickelt, als ursprünglich geplant. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir heute nicht über Leistungskataloge, über Schnittstellenprobleme oder sogar schon über eine Verwaltungsreform, über die Parlamentsreform oder über gesetzliche Anpassungen diskutieren. Wenn wir Ja sagen zum Grundsatzentscheid, hat der Stadtrat den Auftrag, die entsprechenden Vorlagen zu erarbeiten und sie wiederum dem GrSR zum Entscheid vorzulegen.

WoV wird in einer ersten Phase nicht zu grossen Kosteneinsparungen, aber zu verbesserter Effizienz und Kostentransparenz führen. Wir werden wissen, was Leistungen kosten, was wiederum ausschlaggebend sein könnte in der Argumentation betr. Abgeltung von Zentrumsfunktionen, oder bei Projekten der Aufgabenteilung, Kooperationen usw. WoV erfordert einen Kulturwandel. Welche Leistungen bringen wir, zu welchem Preis, und entsprechen diese Leistungen überhaupt den Wünschen und Anforderungen unserer "Kundschaft"? Das Kostenbewusstsein unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wird gesteigert. Das Parlament wird sich inskünftig vermehrt mit Strategien und politischen Fragen auseinandersetzen können. WOV wird die Stadt reformieren und modernisieren im Sinne einer transparenten, leistungsfähigen und kostenbewussten Verwaltung.

Last but not least danke ich dem Kommissionspräsidenten Bernhard Egli für seine kompetente und speditive Verhandlungsführung, Werner Bianchi für die Projektleitung, SR V. Heller und Stadtpräsident M. Wenger für ihren grossen Einsatz für WoV. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter Wullschleger (CVP)

Votum *

"Die Zeiten ändern sich - und wir uns mit ihnen. Diese Gesetzmässigkeit ist allgemein bekannt. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo sich wirklich etwas ändern sollte. Aus unerfindlichen Gründen wünschen dann viele, dass sich die Zeiten nicht ändern würden.

An dieses Gedankenspiel fühle ich mich erinnert, wenn ich an die Diskussion in der vorberatenden Kommission zurück denke, die übrigens von Bernhard Egli kompetent geleitet wurde. Einhellig wurde zwar fest gehalten, dass die Verwaltung der Stadt Schaffhausen Reformbedarf hat. Bei der Frage, ob die Reform im Sinne der stadträtlichen Vorlage zur Wirkungsorientierten Verwaltungsführung erfolgen soll, war es jedoch mit der Einigkeit vorbei. Dass der Vorlage vor allem von denjenigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern Widerstand entgegen gebracht wurde, die sich insbesondere auch als Vertreter der Angestellten der öffentlichen Hand verstehen, war zu erwarten und erstaunt unter Berücksichtigung des einleitend Gesagten nicht weiter. Für mich steht deshalb fest: Was auch immer der Stadtrat als Verwaltungsreform vorschlagen wird, Widerstand ist gewiss.

Sicher - bei der zu beratenden Vorlage geht es nicht um irgend ein Sachgeschäft, sondern um eine grundlegende Änderung der Denkhaltung, was den Service public angeht, weshalb ein Systemwechsel deshalb wohl überlegt sein muss. Was hingegen an einem Kulturwandel falsch sein soll, welcher Verwaltungshandlungen an ihrer Zweckmässigkeit, an der nach Aussen erkennbaren Wirkung und am optimalen Kosten-/Leistungs-Verhältnis messen will, entzieht sich meinem Verständnis.

Für mich beinhaltet ein Wechsel ins New Public Management die Chance, dass die Verwaltungsleistungen flexibler, unternehmerischer, kundenorientierter, effizienter und kostengünstiger werden. Wenn diese Überzeugung nicht vorhanden ist, darf zu Recht gefragt werden, weshalb eine solche Übung überhaupt durchgeführt werden soll!

Eine Garantie dafür, dass mit der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung die öffentliche Hand effizienter und effektiver arbeiten wird, besteht jedoch nicht. Es gilt aber diese Chance mit allen Mitteln zu packen. Entscheidend für das Gelingen ist die Einbindung der Betroffenen in die Ausgestaltung und Umsetzung der Leistungsaufträge, Instrumente und neuen Prozesse, welche Folge des Systemwechsels sein werden. Gerade in dieser Hinsicht besticht das Vorgehen des Stadtrates. Er will Parlament und Verwaltungseinheiten umfassend in die Erarbeitung der einzelnen Teilprojekte einbinden, was Vertrauen und Akzeptanz fördern wird. Unannehmbar wäre es für mich, wenn der Stadtrat bei einem derart bedeutenden Veränderungsvorhaben einfach die Resultate einer Black Box auf den Tisch legen und zum Start blasen würde. Die Betroffenen zu Beteiligten machen, ist ein zentrales Grundprinzip, welches es in der Organisationsentwicklung zu beachten gilt, soll der Erfolg eintreten. In der Privatwirtschaft geht dieser Grundsatz leider oft vergessen. Die Kritik, mit der Vorlage kaufe man die Katze im Sack, schlägt somit fehl.

Gratis ist jedoch ein solcher Paradigmenwechsel nie. Diesem Umstand hat auch der Stadtrat mit geschätzten Projektkosten von 400'000 Franken Rechnung getragen. Ich zweifle jedoch, ob der unter Punkt 5.5 der Vorlage ausgewiesene Betrag für die Gesamteinführung ausreichen wird. Im Interesse eines Gelingens des Projekts und unter Berücksichtigung des erhofften Return on Investment sollte der Stadtrat diesen Punkt genau betrachten.

Diese geringfügige Einwendung vermag jedoch die Begeisterung der CVP für die Vorlage des Stadtrates nicht entscheidend zu mindern. Wir werden ihr jedenfalls mit Überzeugung zustimmen und empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun."

Peter Neukomm (SP) Fraktionserklärung *

"Es wird Sie jetzt nach dem Gesagten nicht erstaunen, dass ich eine etwas andere Meinung vertreten werde als meine Vorredner. Ich spreche für die SP-Fraktion und versuche Ihnen die Gründe darzulegen, weshalb wir dieser Vorlage nicht zustimmen werden, respektive weshalb wir eintreten und einen Gegenantrag stellen werden. Ich komme später darauf zurück. Vorweg möchte ich GrSR Bernhard Egli für seine umsichtige Leitung der Kommissionsberatungen und seine gute Berichterstattung danken, ebenso Werner Bianchi für die kompetente Betreuung und Protokollierung.

Wir sind der Meinung, der vom Stadtrat gewählte Weg der flächendeckenden Einführung eines Modells, das uns nicht zu überzeugen vermag, ist der falsche.

Vorweg unser **Fazit** aus den bisherigen Erkenntnissen:

1. WoV wird die Qualität der staatlichen Dienste für die Bevölkerung nicht verbessern.
2. WoV wird die Leistungserbringer im öffentlichen Dienst zusätzlich mit mehr unnötiger Bürokratie belasten.

3. WoV ist zu teuer und führt zwangsläufig zu höheren Gebühren für die Bevölkerung.
4. WoV erschwert die politische Steuerung und bringt damit einen Demokratieabbau.

Ich versuche, diese Befürchtungen zu begründen. Es ist jetzt schon der Zeitpunkt gekommen - wenn wir diesen wichtigen Grundsatzentscheid fällen, der gut überlegt sein muss - uns auch grundsätzliche Gedanken über dieses Modell zu machen, ob dieses Modell flächendeckend passt oder nicht.

Wir haben im Rahmen der Vorberatungen zu dieser Vorlage erfahren, dass sich WoV eigentlich gar nicht legitimieren muss, weil sie von einem Generalverdacht als Diagnose ausgeht, dass öffentliche Finanzen grundsätzlich nicht effizient und effektiv verwaltet würden, obwohl dieses pauschal geführte Argument nicht belegbar ist. Es gibt nämlich städtische Verwaltungsabteilungen, die WoV gar nicht brauchen, die bereits heute hervorragend funktionieren und einen bürgerfreundlichen Service bieten. Es gibt aber sicher auch reformbedürftige Bereiche. Diese soll der Stadtrat analysieren. Dort soll er ansetzen und Reformen verwirklichen. Dies ist seine Führungsaufgabe und macht wesentlich mehr Sinn, als ein Modell, das mit privatwirtschaftlichen Managementinstrumenten und mit Konzernstrukturen operiert, einfach flächendeckend über alle Bereiche staatlichen Handelns zu stülpen. Einem Modell notabene, von dem wir wissen, dass es in verschiedensten Bereichen des Service public kaum Sinn macht. Einem Modell, bei dem über weite Strecken noch gar nicht klar ist, wie es überhaupt umgesetzt werden soll und ob es sinnvoll angewendet werden kann.

Die kritischen Einwände gegen die flächendeckende Einführung von WoV, die Esther Bänziger und ich bereits im Steuerungsausschuss eingebracht haben, wurden im Anhang auf S. 9 - 11 der Vorlage aufgenommen. Dafür möchte ich mich auch im Namen meiner Mitstreiterin beim Stadtrat an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. In den Vorberatungen zu dieser Vorlage wurden diese konkreten Kritikpunkte leider gar nie diskutiert und somit auch nicht entkräftet. Man hat es weitgehend wie auch heute wieder bei globalen Ineffizienz- und Ineffektivitätsunterstellungen gegenüber dem öffentlichen Dienst belassen. Damit verknüpft man die Botschaft, dass nur mit WoV die Herausforderungen der Zukunft zu meistern seien. Der Stadtpräsident hat sich sogar einmal zur absurden Behauptung verstiegen, ohne WoV würde die Stadt Schaffhausen untergehen. Es ist aber genau diese unkritische, fast schon religiöse Verklärung eines Modells, das stutzig machen muss.

Kritisch macht mich auch die Wortwahl von NPM: Seine Begrifflichkeit bleibt bewusst allgemein genug, dass es sich jeder konkreten Überprüfung oder Beurteilung entziehen kann. Die abstrakten Worthülsen vom Kulturwandel usw., die aus einem Manager- und Beraterrepertoire stammen, sind nur schwer in Frage zu stellen. Effizienz-, Flexibilitäts- und Effektivitätsansprüche stehen im Vordergrund, ohne auf die konkreten staatlichen Handlungsfelder oder ihre spezifischen Organisationsformen einzugehen. Man schwelgt bei WoV lieber in der Zukunft, als sich mit dem harten Brot der Gegenwart zu beschäftigen. Die Suppe der konkreten Umsetzung werden dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszulöffeln haben. Die Kosten dieser Programme und ihre Folgen - dazu gehören eben auch zusätzliche Ausgaben für Gesetzesanpassungen, parlamentarische Reformen etc. - werden oftmals nicht vollständig ausgewiesen. Der Nutzen wird einfach unterstellt.

Und diejenigen, die sich davon nicht überzeugen lassen, werden dann schnell einmal als Ewiggestrige und Uneinsichtige abgestempelt. Aber damit kann ich leben.

SPK-Mitglied Peter Wullschleger hat in der Kommission an uns appelliert, wir müssten nur an den Erfolg von WoV glauben, dann werde dieser schon eintreten. Das genügt uns aber nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Um einen so schwerwiegenden Grundsatzentscheid über die flächendeckende Einführung eines Modells zu fällen, braucht es eben mehr als den blossen Glauben. Wir wollen nicht -und ich zitiere nochmals Kollege Wullschleger aus der SPK - „einen *Sack voller kleiner Katzen kaufen*“. Wir benötigen schon die feste Überzeugung, dass es funktionieren und den Leistungserbringern, der Aufsicht resp. politischen Steuerung wie auch der Bevölkerung einen wesentlichen zusätzlichen Nutzen bringen wird. Diese Überzeugung fehlt uns bis heute, insbesondere auch deshalb, weil es noch nirgends gelungen ist, Erfolge von WoV nachzuweisen. Bis heute gibt es jedenfalls in der Schweiz keine systematischen, empirisch vertretbaren Evaluationen all der vielen und sehr teuren NPM-Massnahmen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, einige unserer wichtigsten Einwände noch einmal kurz anzutippen. Für die Details verweise ich Sie auf unsere ausführlichen Begründungen im Anhang zur Vorlage S. 9 - 11:

1. WoV weckt falsche Erwartungen und Hoffnungen, weil die Finanzprobleme der Stadt nicht primär auf falsche Prozesse im Verwaltungshandeln zurückzuführen sind.
2. Als ein wesentlicher Denkfehler erweist sich bei NPM, dass es die staatliche Verwaltung trotz ihrer Andersartigkeit in Konstruktion und Funktion nicht anders behandeln will als auf dem Markt konkurrierende Unternehmen.
3. Bei WoV wird der Bürger auf den Kunden reduziert. Dabei kann ein echter Kunde per definitionem jederzeit entscheiden, ob er etwas kauft oder nicht. Bürgerinnen sind hingegen Subjekte mit Rechte und Pflichten. Sie entscheiden kaum je ernsthaft und schon gar nicht situativ darüber, ob sie eine konkrete staatliche Leistung, wie z.B. die Kehrtafelabfuhr oder die Schulbildung ihrer Kinder wirklich haben wollen. Dies wird im Grundsatz als kollektiv bindender Entscheid an anderem Ort festgelegt: Bei der Gesetzgebung, d.h. im Parlament und bei Volksabstimmungen.
4. Ein weiterer Trugschluss von WoV bildet die generelle Steuerungs- und Steuerbarkeitsidee über den Output. Für diese Steuerung wird eine Vielzahl von Verfahren, Prozeduren und Indikatoren entwickelt. Dies und die Durchsetzung solcher Parameter münden in einen finanziell wie politisch teuren Prozess. Hierzu gehört auch ein endloser Beratungsbedarf von Behörden. Wenn bis heute in der Schweiz wirklich jemand dank WoV mehr Geld im Portemonnaie hatte, dann waren das die vielen Berater mit ihren satten Stundenansätzen!
Die politische Steuerungsfähigkeit mittels Globalbudgets funktioniert noch nirgends befriedigend. Auch das Podium in der Rathauslaube hat das deutlich aufgezeigt. Die Vertreterin der Stadt Bern musste auf konkrete Fragen aus dem Publikum mehrfach die Segel streichen und einräumen, man wisse noch nicht, wie man das lösen werde. Dasselbe gilt für den "WoV-Guru" Prof. Schedler, der eingestehen musste, für das Schulwesen gebe es noch gar keine Lösung.

Warum gestaltet sich denn die politische Steuerung mit WoV so schwierig?

Ein Grund liegt sicher darin, dass der Staat viele gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringt, die sich dem ökonomisch geprägten Produktbegriff von WoV entziehen und bei denen nicht die Kosten an erster Stelle stehen (Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Soziales, Umwelt etc.). Die Bemühungen, diese Leistungen noch messbar zu machen, wirken zum Teil sehr gesucht und gekünstelt. Überdies erweist sich der Aufwand für eine seriöse Ermittlung der qualitativen Wirkungsfaktoren, die wir zur politischen Steuerung brauchen, als horrend.

Von den WoV-Promotoren wird auch immer wieder übersehen, dass die Leistung des Staates eben mehr ist als die Summe der Einzelteile. Dies gilt insbesondere für zahlreiche Produkte, die nur in Verbindung verschiedener Abteilungen erbracht werden können. Wie sollen sie in verbindliche Produktbudgets eingebracht werden? Auch dazu haben wir noch keine befriedigenden Antworten gehört.

Zudem ist die Durchsetzung von Produktbudgets nur mit umfangreichen internen Verrechnungen und Kostenrechnungen möglich, insbesondere zur korrekten Festlegung und Überprüfung der Einheitskosten. Da wird viel wertvolle und teure Arbeitszeit draufgehen, welche unsere städtischen Angestellten unserer Meinung nach besser zur Leistungserbringung zugunsten der Bevölkerung einsetzen würden. WoV wirkt sich also primär einmal bürokratiefördernd aus.

Auch auf der Seite der politischen Aufsicht und Steuerung wird viel unnötige Energie verpuffen: Denn einerseits müssen die Produkte- bzw. Produktgruppen-Definitionen so klar sein, dass sie für die Beantragung der finanziellen Mittel genügen. Andererseits wollen wir uns - will sich die Politik - den Spielraum durch zu präzise Produkte-Definitionen auf längere Zeit nicht unnötig einengen lassen. Es ist also voraussehbar, dass es in diesem Rat immer wieder zu extensiven Diskussionen darüber kommen wird, ob bestimmte Vorhaben durch Produkte-Definitionen bereits abgedeckt sind, oder ob diese explizit Eingang in diese Produkte-Definitionen finden sollen.

Dasselbe gilt für das Thema "Reservenbildung". Möglichkeiten für Reservenbildung, die a priori nur einzelnen Abteilungen offen stehen wird, bringen erfahrungsgemäss nicht nur einen erhöhten Controllingaufwand, sondern auch lange, unfruchtbare parlamentarische Diskussionen darüber, wie diese Überschüsse zustande kommen und wie sie verwendet werden sollen. Es werden zu Recht Forderungen nach Rückerstattungen oder Preisreduktionen zugunsten der Bevölkerung oder auch bei der internen Verrechnung von Leistungen, erhoben werden. Ich verweise Sie hierzu auf die aktuelle Diskussion in Winterthur, wo den Abteilungen mit Überschüssen eine zu pessimistische Budgetierung vorgeworfen wird.

Aus all diesen Gründen gehen wir davon aus, dass die politische Steuerungsfähigkeit abnehmen und es zu einer Machtverschiebung vom Parlament zur Regierung und Verwaltung kommen wird. Eine Schwächung des Parlaments bringt aber stets auch eine Einschränkung der Volksrechte mit sich, weil in unserem System immer noch Volk und Parlament den politischen Prozess gemeinsam steuern.

Jetzt noch ein Wort zur Parlamentsreform: Bei einer flächendeckenden Einführung von Globalbudgets kommt es zwingend zu einer Parlamentsreform. Auch diese erweist sich vorläufig weitgehend als "Büchse der Pandora".

Es ist die Rede von ständigen Fachkommissionen und einer Strategiekommission, welche die bisherigen Spezialkommissionen und die GPK ersetzen sollen. Einzelne Mitglieder der ständigen Fachkommissionen sollen auch noch in der ständigen Strategiekommission Einsitz nehmen. Wir gehen davon aus, dass die Parlamentsarbeit in diesem System wesentlich aufwändiger werden wird. Im Wissen darum, dass es sich immer schwieriger gestaltet, qualifizierte Leute, die im Berufsalltag stehen, für ein Parlamentsmandat zu gewinnen, kann sich ein solches Modell für die Parteien bald einmal zu einem Eigentor entwickeln.

Noch eine Befürchtung: Die Parlamentsreform wird zu einem Spezialistentum im Rat führen. Von den Leuten in den Fachkommissionen wird man erwarten müssen, dass sie für ihren Bereich, den sie zu betreuen haben, immer bestens orientiert sind. Da wird kaum Zeit bleiben, sich auch noch fundiert mit anderen Bereichen beschäftigen zu können. Dabei ist das Interessante an einem kommunalen Parlament doch gerade, dass man auch als Generalist einigermaßen mitreden kann. Mitreden eben nicht nur zu strategischen Zielen, sondern zu ganz konkreten Dingen, welche die Menschen in der Stadt, in den Quartieren im Alltag beschäftigt. Ein kommunales Parlament wird nie zu einem Strategieorgan, wie das WoV verlangt und vorgaukelt. Und das ist auch sinnvoll so. Denn es macht ja gerade den Reiz unseres Gremiums aus, dass wir im Gegensatz zum Kantonsrat, welcher die generell-abstrakten Vorgaben im Rahmen der Gesetzgebung zu schaffen hat, nicht nur über das Was sondern auch über das Wie debattieren können. Vergessen Sie also diese Konzentration auf Strategiediskussionen: Auf kommunaler Ebene sind sowieso 80 -95% der Ausgaben durch übergeordnetes Recht, Reglemente und politische Beschlüsse kurzfristig gebunden. Daran vermag auch WoV nichts zu ändern. Deshalb ist auch die Aussage, WoV führe zu einer Flexibilisierung beim Mitteleinsatz, stark zu relativieren.

Wir ziehen einen anderen Weg vor: Weil wir die Katze nicht im Sack kaufen wollen, plädieren wir für eine pragmatische Lösung, bei der wir wissen, worauf wir uns einlassen. Denn auch mit dem bisherigen Rechnungsmodell lassen sich wesentliche Verbesserungen erzielen. Die Stadt St. Gallen hat dies bewiesen. Ich habe den Interessierten die Rechnung 2001 und den Geschäftsbericht 2001 der Stadt St. Gallen beim Ratsweibel aufgelegt - bedienen Sie sich. Ich weiss, dass jetzt wieder der Einwand kommt, dort habe man wesentlich mehr Ressourcen dafür zur Verfügung und die Stadt sei viel zentralistischer geführt als Schaffhausen. Nur, das soll unseren Stadtrat nicht davon entbinden, Mittel und Wege zu suchen, seine Arbeit zu verbessern. Denn wenn die Aufgaben der Verwaltung in Form von Leitbildern, Legislaturzielen und Leistungsvereinbarungen formuliert werden, soweit als möglich auch quantifizierbar gemacht werden und im Geschäftsbericht aussagekräftige Finanz- und Leistungskennzahlen enthalten sind, ist das für die finanzielle Führung völlig ausreichend. Überdies besteht sowieso die Notwendigkeit der Weiterführung des Finanzdirektoren-Modells neben den Globalbudgets.

Was wollen wir nun? Wir verlangen

1. Eine Analyse der Schwachstellen und Reformbedürftigkeit in den einzelnen Verwaltungsbereichen und Abteilungen.
2. Angepasste Reformprojekte, welche auch die Führungsstrukturen einzubeziehen haben.
3. Den Einsatz von Kosten- und Leistungsrechnungen, dort wo es Sinn macht und wo wir es allenfalls brauchen, um Kosten von Zentrumsfunktionen gegenüber dem Kanton auszuweisen.

Leistungs- und Produktbetrachtungen können sich auf die Erteilung von Leistungsaufträgen und auf Überprüfungen im Geschäftsbericht beschränken. Unser Gegenantrag zu Ziffer 2 der Anträge der Vorlage wird entsprechend formuliert werden.

Ich komme zum Schluss: Die flächendeckende Einführung von WoV ist unserer Meinung nach mit einem immensen bürokratischen Aufwand und erheblichen Risiken - auch bezüglich der politischen Steuerung - verbunden. Wir plädieren im Gegensatz dazu für eine gezielte Verbesserung bestehender Instrumente, für deren konsequentere Umsetzung, für ihre Ergänzung u.a. auch durch Aufnahme von Kosten- und Leistungsrechnungen sowie Leistungsaufträgen, dort, wo es Sinn macht aber sicher nicht flächendeckend. Dann brauchen wir auch diese zweifelhafte Parlamentsreform nicht."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Nach diesem "Feuerwerk" von Peter Neukomm habe ich mir einen Satz aufgeschrieben: "Wenn man überhaupt nicht will, dann will man auch keine positiven Punkte finden." Ich bin aber froh, dass er mindestens einige Ausdrücke aus dem St. Galler Modell genannt hat, die auch bei uns vorkommen. Also mindestens so viel Übereinstimmung haben wir. Aber ich bin enttäuscht - Peter Neukomm ist auch schon einige Zeit dabei -, weil wir doch ganz klar festgestellt haben, dass wir Erkenntnisse aus der Pilotphase Schaffhausen haben - mehrheitlich positive. Wir haben auch negative Erkenntnisse. Zum Glück hatten wir auch negative Erkenntnisse, denn aus diesen kann man lernen. In einer Pilotphase ist es immer so, dass nicht alles optimal verläuft. Sonst würde man im siebten Himmel schweben und irgend einmal tief runter fallen.

Ich kann Ihnen sagen - das überrascht Sie sicher nicht -, dass die SVP/EDU Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird. Wir werden selbstverständlich auch bei der Umsetzung voll dahinter stehen und im positiven wie auch im konstruktiv-kritischen Sinne mitwirken. Ich verweise auf Punkt 3 der Anträge:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem GrSR Vorlagen zu unterbreiten für die Realisierung der Projekte

- Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
- Parlamentsreform"

Da sind wir im Parlament dabei. Da können wir schlussendlich die Weichen stellen, in welche Richtung es gehen soll.

Es ist wichtig heute, dass wir den Grundsatzentscheid fällen, Gesamteinführung WoV Ja oder Nein. Wir haben 5 Pilotbetriebe, welche seit einiger Zeit die doppelte Arbeit machen. Die haben ein Anrecht zu wissen, wie es weiter geht.

Die Umsetzung erfolgt in Etappen; es ist nicht eine Sache von 14 Tagen oder einem oder zwei Jahren. Die Sache muss auch situativ angeschaut werden. Wir haben klar gesagt: Es gibt ein Modell WoV, ein Modell WoV light usw. Wir können nicht alle Abteilungen über den gleichen Leist schlagen. Es ist nicht jede Abteilung gleich geeignet für WoV; darum wird es auch Unterschiede geben. Dies wird aus den Vorlagen des SR ersichtlich sein. Wichtig wird die Begleitung sein. Es wurde heute Abend erwähnt, dass im Fall der SHPL das Controlling fehlte. Das stimmt, aber es fehlte auch die Unterstützung des damals zuständigen Referenten."

Lotti Winzeler (OeBS) ablehnende Fraktionshälfte OeBS/EVP/GB *

"Zuerst möchte ich unserem SPK-Präsidenten Bernhard Egli für die effiziente und kompetente Führung der Sitzungen danken. Mein Dank geht auch an Frau Stadträtin Vero Heller, Stadtpräsident Marcel Wenger und an die zwei Mitarbeiter Herr Werner Bianchi und Herr Thomas Jaquet, die eine transparente Informationspolitik pflegten.

Ich lege Ihnen die ablehnende Meinung der OeBS/EVP/GB-Fraktion gegenüber dieser Vorlage im Nachfolgenden dar. Die Vorlage lässt zu viel offen. Mit einem Ja erwirbt sich das Parlament „die Katze im Sack!“ Hier geht es um den Entscheid, WoV gesamthaft in der städtischen Verwaltung einzuführen. Wie die Diskussion in der SPK zeigte, konnten auf viele Fragen keine konkreten Antworten gegeben werden.

Auch wir sind für Reformen in der Verwaltung. Aber es müssen je nach Verwaltungsgebiet individuelle Lösungen getroffen werden. Es kann nicht sein, dass alles über eine Latte gebrochen wird.

Verschiedene Abteilungen sind auch ohne WoV im Besitz von NPM-Instrumenten, wie sie WoV ebenfalls innehat. Dort, wo es Sinn ergibt und das Kader die Instrumente der zeitgemässen Führung kennt, werden diese eingeführt, wie das Beispiel der städtischen Altersheime zeigt. Nicht nur der WoV-Betrieb Altersheim Steig, sondern auch die anderen Altersheime verfügen über die Instrumente, um die Kostenwahrheit aufzuzeigen und die Qualitätssicherung zu gewährleisten.

Ein grosser Bereich ist das Schulwesen. Wie hier WoV eingeführt werden soll, konnte in der SPK nicht beantwortet werden. Auch wie Abteilungen, die für die WoV-Einführung zu klein sind, zusammengefasst werden können, beantwortet die Vorlage nicht.

Ein wichtiges Argument von Stadtpräsident Marcel Wenger für WoV war immer wieder die Kostenwahrheit, weil ohne WoV die Unterlagen bezüglich Abgeltung der Zentrumsfunktion fehlen würden. Bei der Führung in der Stadtbibliothek und Agnesenschütte konnten die Verantwortlichen Aussagen zur Kostenwahrheit bezüglich Bücherverleih machen

Parallel zur Verwaltungsreform soll auch die Parlamentsreform durchgeführt werden. Auch hier ist noch alles offen (Anzahl Fachkommissionen, Anzahl Mitglieder der Fachkommissionen etc.)

Wie die Podiumsdiskussion letzten Winter in der Rathauslaube mit Vertreterinnen von der Stadt Zürich, Stadt Bern und St. Gallen zeigte, sind auch noch nach Jahren der WoV-Einführung viele Fragen nicht geklärt. Die Stadt Bern z.B. ist seit 10 Jahren damit beschäftigt, die Indikatoren für die Produktegruppen zu definieren. Auch das Benchmarking, das von den WoV-Befürwortern hoch gepriesen wurde, erachten die gleichen Leute nach ihren ersten Erfahrungen als zu wenig aussagekräftig.

Auch wir, die Kritikerinnen in der OeBS/EVP/GB-Fraktion, werden auf die Vorlage eintreten, jedoch bei den Anträgen aus den genannten Gründen dem vorliegenden Antrag 2 nicht zustimmen und den Gegenantrag von Peter Neukomm unterstützen. Eine Verlängerung der Pilotphase ergibt keine neuen Erkenntnisse und macht daher keinen Sinn."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Als Parlamentarier lege ich selbstverständlich Wert darauf, in meinen Rechten nicht beschränkt zu werden. Nur bin ich mir eben auch dessen bewusst, dass ich diese Rechte auf der richtigen Ebene einzuordnen habe. Wenn wir zukunftsorientierte Politik in der Stadt Schaffhausen betreiben wollen, so müssen wir uns im Parlament darauf besinnen, dass unser Auftrag ein strategischer ist. Wir haben die Strategie festzulegen, der Stadtrat und die Dienststellen, die Referate haben sich mit dem operativen Geschäft auseinander zu setzen.

Ich widerspreche daher der Behauptung von GrSR Peter Neukomm, wonach WoV die politische Steuerung erschwere und ein Demokratieverlust für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier bedeute. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen: WoV ist nicht nur eine Sparübung, WoV ist nicht aufgeblähte Bürokratie, WoV ist nicht eine Neustrukturierung des Staates nach dem Muster eines privatwirtschaftlichen Unternehmens. WoV ist - das steht explizit in der Vorlage und da hat der Stadtrat recht - ein gesamtheitliches Reformkonzept, das uns alle und unser Gemeinwesen weiter bringen soll. Es ist ein umfassender Ansatz zur Reorganisation der Steuerungsabläufe in der öffentlichen Verwaltung.

Wir von der freisinnig-demokratischen Partei stehen dazu. Wir stehen selbstverständlich kritisch dazu, und werden die einzelnen Vorlagen, die uns präsentiert werden, mit der entsprechenden Sorgfalt und differenzierter Grundhaltung betrachten.

Ich gehe einig mit Kollege Neukomm, dass die bisherigen klassischen, parlamentarischen Aufsichtsinstrumente - nämlich die Motion, die Kleine Anfrage oder gar die Interpellation - nicht mehr die tauglichen sind, um in Zukunft geeignet den Prozess auf strategischer Ebene steuern zu können. Nun, wir wollen ja einen Schritt weiter kommen. Wir sprechen von einem Prozess. Demzufolge müssen wir uns auch überlegen - da gibt es Ansätze dazu, welche bereits erfolgreich erprobt worden sind - in welcher Richtung diese parlamentarischen Instrumente eben ausgestaltet werden sollen. Sie wissen es selber, es geht hier darum, neue Instrumente einzuführen auf der Stufe Stadtverfassung und auf der Stufe Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates.

Welches sind nun die Anforderungen an ein neues parlamentarisches Steuerungsinstrument?

Wir müssen uns vor Augen führen, dass das neue Instrument für das Parlament die Möglichkeit schaffen soll, auf die Wirkung des Verwaltungshandelns Einfluss zu nehmen. Der Rest ist Sache des Stadtrates. Das Instrument soll die bestehende Gewaltentrennung aber beachten und soll uns die entsprechenden Kompetenzen lassen, in den Grundsätzen steuernd, lenkend einwirken zu können. Als Beispiele seien hier angefügt: Aufträge an ein bestimmtes Amt mit einem Leistungsauftrag auszustatten, einen Leistungsauftrag in einer bestimmten Richtung hin zu revidieren, künftig auf bestimmte Produktgruppen zu verzichten, eine Leistungsvorgabe anders zu formulieren usw. Da sind genügend politischer Zündstoff und genügend politische Verantwortung drin, was uns als attraktiv genug erscheinen sollte, auch in Zukunft unsere Arbeit entsprechend kompetent und im Interesse der Bevölkerung ausführen zu können.

Dies alles soll nun im Rahmen der vom Stadtrat angekündigten Verwaltungs- und Parlamentsreform schrittweise durchgeführt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch eine Totalrevision der Verfassung unserer Einwohnergemeinde. Dies setzt von uns allen natürlich voraus, dass wir umdenken. Wir werden eine neue parlamentarische Kultur haben. Es geht um einen eigentlichen Paradigmenwechsel. Das ist für uns alle nicht ganz einfach, auch für die GrSR auf unserer Seite. Wir müssen umdenken. Aber jede Epoche hat solche Herausforderungen gehabt. Wir können uns diesen stellen. Wir wollen eine effektive, effiziente Führung der Stadt mit vermehrter Trennung zwischen operativer und strategischer Ebene. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir diesen Schritt gehen und heute im Grundsatz dem Stadtrat den Auftrag erteilen, er solle WoV in der Stadtverwaltung einführen und anschliessend einzelne Vorlagen bringen, befinden wir uns auf dem richtigen Weg.

Ich möchte hier in meinem Namen ausdrücklich festhalten, dass auch ich sehr differenziert die einzelnen Vorlagen anschauen werde; insbesondere, wenn es beispielsweise um die städtischen Altersheime geht, welche - wie vorhin GrSR Winzeler erwähnte - bereits heute sehr effizient und kostengünstig arbeiten. Da muss darauf geachtet werden, dass der Bürokratismus nicht seine Blüten treibt, sondern dass man hier vernünftige Lösungen findet, damit nicht nur die Buchhaltung im Vordergrund steht, sondern auch der Mensch. Ich habe mit SR Hunziker vor einiger Zeit Gespräche darüber geführt. Ich bin überzeugt, dass in diese gute Richtung eine Weiche gestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, haben wir den Mut, dem Stadtrat zu folgen, bleiben wir kritisch! Ich bin überzeugt, dass die Lösung gut sein wird."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Wir stehen vor einem der wichtigen Entscheide unseres Parlamentes. Ich war nicht Mitglied des Steueraussschusses und nicht Mitglied der Spezialkommission. Ich habe all die Argumente der befürwortenden Seite gehört, aber auch die ablehnenden Argumente von Peter Neukomm als bemerkenswert empfunden. Als einer, der sich im Vorfeld nicht intensiv damit befasst hat, fühle ich mich im Moment ein bisschen überfordert, einen so gewichtigen Entscheid zu fällen. Nachdem wir seit Jahren an diesen Versuchen arbeiten und nachdem uns die Sommerferien bevorstehen, wäre es vielleicht gut, diesen Entscheid auf eine der nächsten Sitzungen zu verlegen, und darüber nachzudenken, diese Argumente gründlich aufzunehmen und darüber zu befinden. Wir würden damit keinen Fehler machen, sondern uns auf beiden Seiten Möglichkeiten noch eröffnen. Ich überlege mir, diesen Antrag noch zu stellen. Ich warte die weitere Diskussion noch ab."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich möchte zuerst meinen Unmut loswerden bezüglich der expandierenden Berater-Clique, die sich mit satten Honoraren im öffentlichen Dienst tummelt. Ich stelle fest, dass in diversen Bereichen das Fazit solcher Beratungstätigkeit etwa so aussieht, dass man sagt: Wir haben alle sehr viel gelernt - vor allem die Berater. Ich stelle auch fest, und das macht meinen Ärger noch grösser, dass es ausgerechnet Auslaufmodelle der Wirtschaft sind, die praktisch zum Neuwert der Verwaltung angedreht werden. Ich erinnere Sie an die Auslaufmodelle Kostenstellenrechnung bis ad absurdum - das hat man schon lange zurück genommen, da gehört WoV, "WIV" und "WUV" in diese Kategorie, da gehört das QM (Qualitäts-Management) dazu.

Diese Instrumente werden nur noch in der Verwaltung für teures Geld abgesetzt und die Menschen damit beglückt. Die Wirtschaft hat sich davon schon lange verabschiedet.

Die Wirtschaft weiss nämlich, worauf es ankommt. Es geht um Persönlichkeiten, welche die Führung wahrnehmen, die das können, welche die Mitarbeiter auf Kurs bringen und entsprechend honoriert werden. Soweit zu meinem Ärger, den ich jetzt losgeworden bin.

Es ist mir etwas in der Diskussion aufgefallen, was mir erwähnenswert scheint. Ich denke eben nicht, dass unser Parlament nur eine strategische Aufgabe hat. Unser Parlament hat im grossen Ganzen eine kulturelle Aufgabe. Es ist unsere Aufgabe, die Brücke zu schlagen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Da ist es auch wichtig, nicht nur zu sagen, was gemacht werden muss, sondern wie. Das ist unser Kulturgut. Wir transportieren unsere Kultur, indem wir das Was mit dem Wie verknüpfen. Das ist eine absolut betriebswirtschaftliche Denkweise, wenn man von der strategischen und operativen Ebene spricht. Das tut man übrigens in der Wirtschaft schon lange nicht mehr. Diese saubere Trennung kennt man nur noch in der Verwaltung.

Ich kann mich Kollege Schöttle anschliessen. Eine Denkpause würde uns in dieser Frage gut tun. In diesem Sinne bitte ich Sie - falls der Antrag Schöttle kommt - diesen zu unterstützen."

Mariann Keller (SP) Votum *

"Ich möchte heute einmal weniger vom Parlament und von den Aufgaben des Stadtrates reden, obwohl ich diese Funktionen nicht schmälern will. Ich möchte vielmehr von den Bereichen sprechen, die das umsetzen müssen. Da ich aus dem Gesundheitswesen komme, werde ich mich für dieses einsetzen.

Ich hoffe, dass WoV wirklich den Anreiz schafft, die Führungsaufgabe auch qualitativ zu verbessern oder ziel- und ergebnisorientiert zu arbeiten, dessen Ziel und Ergebnis nicht einfach auf eine positive Rechnung ausgerichtet ist.

Im Heimbereich z.B. herrschen seit Jahren schwierige Realitäten sowohl auf der Führungsebene als auch im Bereich qualifizierter Mitarbeiterinnen. Es fällt mir schwer, daran zu glauben, dass gerade WoV die schon bald verankerten Problemstellungen aufdecken, geschweige denn lösen wird.

Ich lehne aus diesen Gründen die flächendeckende Einführung von WoV ab, befürworte aber gezielte Reformprojekte in dafür geeigneten Bereichen. Im Heim- und Sozialbereich braucht es ein Instrument, welches der nicht ganz einfachen Datenerfassung gerecht wird. WoV hat mich in diesem Punkt nicht überzeugt. Weiter fehlten mir anlässlich der Diskussionen überzeugende Vergleiche.

Jemand hat davon gesprochen, dass dank WoV das Kostenbewusstsein beim Personal gesteigert werde. Glauben Sie mir, im Heim- und Sozialbereich ist dieses Bewusstsein schon seit längerem deutlich geschärft. Nebst dem Kerngeschäft sind die Kosten sozusagen das Thema Nr. 1.

Nun, wo bitte soll denn der Kulturwandel in diesen Bereichen stattfinden? Die Ausgangslage ist schwierig genug, deshalb bin ich dagegen, Bereiche wie das Schul-, Sozial- und Gesundheitswesen mit einem Instrument zusätzlich zu belasten, von dem wir nicht wissen, ob es sich bewähren wird."

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Wir haben gehört, dass es sich bei WoV um ein System handelt, welches die Verwaltung der Gemeinden grundlegend verändern wird. Es ist eine einschneidende Sache, was wir heute beschliessen.

Zur Frage, was bringt WoV?

Zuerst das W von WoV. W = Wirkung. Wir möchten wissen, welche Wirkung die Verwaltung hat. Ob wir dieser Reform den Namen WoV oder einen anderen Namen geben ist egal. Wir können die ganze Reform auch ohne den Namen WoV durchziehen. Viele machen es vielleicht schon. Gerade im Gesundheitsbereich, in den Heimen hat man das Qualitäts-Management. Diese Bereiche sind wahrscheinlich schon sehr nahe bei WoV. WoV ist ein Tool.

Tatsache ist, dass das NPM (New Public Management) oder WoV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung) von Gemeinden gegründet wurden, die wirklich in einer finanziellen Krise waren, fast bankrott waren und dank NPM oder WoV wieder gesund geworden sind.

WoV bringt mehr Transparenz. Wir wollen mehr wissen. Wenn wir eine Wirkung beurteilen wollen, dann müssen wir bezüglich der finanziellen Leistungen und der Zielerreichung nicht nur die Finanzen, sondern auch die eigentlichen Produkte beurteilen können. Seit kurzem kennen wir das Stichwort Kostendeckungsgrad. Früher hatten wir das nirgends gesehen. Dies ist ein Kundenfokus.

Es ist wichtig, was Peter Neukomm gesagt hat, dass die Staatsbürgerinnen nicht einfach auf den Kundenstatus reduziert werden sollen. Der Staatsbürger trägt auch Verantwortung und soll nicht nur Bezüger sein. Wenn ich von Kunde spreche, meine ich eben auch Auftraggeber. Er ist gleichzeitig Auftraggeber und auch Leistungsempfänger. Es ist eine andere Denkweise, wenn man von Kunden und nicht einfach von Leistungsbezügern spricht.

WoV kann der Verwaltung letztlich auch ein besseres Image bringen. Wenn WoV richtig gemacht wird, dann muss es mehr Leistung mit denselben Ressourcen geben, sonst müssen wir WoV nicht einführen. Wenn wir mit WoV das Werkzeug haben, um uns auf das Wesentliche konzentrieren zu können, dann werden wir uns auch den gleichen Service public mit weniger Aufwand - weniger Personal, weniger Material - leisten können.

Für das Parlament bringt WoV eine Konzentration auf das Wesentliche. Weniger Details, dafür mehr strategische Entscheide. Die Parlamentsreform muss noch ausgearbeitet werden. Wie viel Wie und wie viel Was wollen wir hier entscheiden können? Bezüglich des Was und Wie braucht es einen gesunden Mix. Ich möchte aber auch messen, analysieren und Verbesserungsvorschläge bringen können. Wir wollen wissen, was ein Produkt in der Verwaltung wirklich wert ist.

Peter Wullschleger hat es auf den Punkt gebracht. Wenn wir von der Effizienz von WoV nicht überzeugt sind und uns nicht dahinter stellen, brauchen wir diesen Kraftakt nicht zu machen. Es ist wichtig, dass diese Reform vom Parlament, von der Exekutive und vom Kader in der Verwaltung getragen wird.

WoV soll Effizienz und Transparenz bringen; dies ist das Entscheidende. Ich bin der Meinung, dass wir heute den Entscheid treffen können.

Es ist ein Grundsatzentscheid; über die Details werden wir uns bei der Beratung der entsprechenden Vorlagen noch genügend unterhalten können und werden dort Gelegenheit haben, noch Pflöcke einzuschlagen.

Ich bin für Eintreten und werde den Anträgen des SR gemäss Vorlage zustimmen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich sage heute nicht mehr viel zu diesem Thema; ich habe dies in den vergangenen Jahren genügend an anderen Stellen getan. Ich möchte lediglich den Antrag von Roland Schöttle, wenn er denn kommt, unterstützen. Es würde dem Rat nicht schlecht anstehen, sich noch einmal Gedanken zu machen. Roland Schöttle hat offenbar sehr genau zugehört. Auf unsere kritischen Einwände ist man in der Vergangenheit nie richtig eingegangen. Vielleicht könnte man dies doch noch aufnehmen. Ich bleibe eine kritische Bürgerin. Ich bin gerne Bürgerin unseres Staates. Ich bin gerne Kundin in einem Laden. Wir sollten nicht alles beliebig miteinander vermischen. Alle diese Schlagworte wie Flexibilität und Effizienz haben wir zur Genüge von all diesen Untemehmungen gehört, von denen wir wissen, wie das unterdessen aussieht.

WoV machen wir dort, wo es Sinn macht. Erwin Sutter hat bei der Behandlung der Rechnung die Stadtgärtnerei erwähnt. Da war und bin ich stets der Auffassung, dass dies ein erstklassiger WoV-Betrieb ist. Wir haben andere Betriebe und Bereiche aufgezählt, wo es nicht funktionieren wird und auch keinen Sinn macht."

Esther Bänziger vertritt die Meinung, wenn WoV wirklich das erfolgreiche Instrument für die öffentliche Verwaltung wäre, so hätte man es an mehreren Orten schon eingerichtet. Aber Städte wie Winterthur und Zürich evaluieren schon seit Jahren und seien noch zu keinem Entscheid zu Gunsten einer flächendeckenden Einführung von WoV gekommen.

Die Votantin äussert sich schliesslich noch kritisch zur Meinung, das Parlament soll sich nach einer Parlamentsreform auf strategische Entscheide beschränken. Der GrSR sei ein kommunales Parlament, wo über Parkplätze, Schulhäuser, Kindergärten usw. diskutiert werden wolle.

"Sollte der Antrag von Roland Schöttle gestellt werden, den Entscheid zu vertagen, so kann ich mich dem anschliessen. Ansonsten unterstütze ich den Antrag von Peter Neukomm, der verlangt, dass die Reformen dort angegangen werden, wo sie Sinn machen."

Bernhard Egli (OeBS) spricht sich gegen eine Vertagung des Entscheides aus. Er räumt zwar ein, dass es hier um einen gewichtigen Entscheid geht. Er gibt jedoch zu bedenken, dass wir uns seit 5 Jahren mit der Einführung von WoV befassen. "Die WoV-Abteilungen arbeiten mehrheitlich mit gutem Erfolg. Wir haben Fehler gesehen, wir haben diese korrigiert. Was wollen wir noch? Es kommt eine Phase, wo es einem verleidet. Ich gehe davon aus, dass die Meinungen gemacht sind und auch während einer Denkpause bis nach den Sommerferien nicht geändert werden. Wir kommen nicht darum herum, diesen schwierigen Entscheid zu fällen. Die Versuche wurden durch den Steuerungsausschuss intensiv begleitet. Man ist auf die Kritikpunkte, welche nicht nur von SP-Seite gekommen sind, eingegangen und hat sie in die Arbeit mit einbezogen. Auch in der SPK wurden die Kritikpunkte sehr ausführlich diskutiert. Die ausführliche Vorlage liegt seit dem 22. Januar 2002 auf dem Tisch.

Es bringt nichts, den Entscheid um 2 Monate hinauszuschieben, um dann nochmals dieselbe Diskussion wie heute zu führen. Das ist nicht im Interesse der Sache." Bernhard Egli plädiert dafür, heute einen Entscheid zu fällen.

Christian Meister (SVP) Votum

"Ich hoffe, Sie haben etwas Nachsicht mit mir. Ich bin ja immer noch in der politischen Lernphase. Mit Ihren Bedenken haben Sie sicher recht. Aber beim vorherigen Geschäft, als es bei den Gaswerken um diesen Fonds ging, haben Sie alle gesagt, dass wir die städtischen Werke stärken müssen, so dass sie für zukünftige Aufgaben gewappnet sind. Stärken wird doch jetzt den Rücken des Stadtrates auch mit dieser Vorlage, denn WoV ist ja nur ein Gerüst, welches dem SR genau wie gewünscht allfällige Schwächen in den einzelnen Bereichen aufzeigt. Dieser kann Massnahmen beschliessen und uns Vorlagen im Rat präsentieren, über welche der Rat diskutieren und sie annehmen oder ablehnen kann. Ich schliesse mich der Meinung von Bernhard Egli an, dass wir heute einen Entscheid fällen müssen."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Vielleicht war das voran gegangene Votum von Christian Meister bereits eine vorweg genommene Entschuldigung beim Stadtpräsidenten

Ich bin froh, dass unsere kritischen Einwändungen zum Denken anregen konnten. Ich möchte ein Missverständnis aus dem Weg räumen, das offensichtlich noch in gewissen Köpfen vorhanden ist. Wir sind nicht dagegen, dass wir mehr und bessere Informationen über die Kosten unserer Stadtverwaltung erhalten. Aber es muss Sinn machen und mit verhältnismässigem Aufwand machbar sein. Es macht keinen Sinn, riesige Kostenrechnungen anzustellen über Leistungen im Sozial- und Schulbereich - da staune ich etwas über die Haltung von Raphaël Rohner -, weil wir dort zu den Leistungen gar nichts zu sagen haben. Was wollen wir dort einen Aufwand treiben? Dort gezielt, wo wir als kommunales Parlament auch Entscheidungsbefugnisse haben, dort wo es Sinn macht - auch von den Kosten her. Dort kann man die Instrumente von WoV anwenden. Da sind wir nicht dagegen. Wir sind dagegen, dass man dies über alles hindurch macht, dass überall Globalbudgets gemacht werden, obwohl man weiss, dass es nicht überall Sinn macht. Deshalb möchten wir Ihnen eine differenzierte Lösung ans Herz legen. Daher auch unser Antrag. Ich bitte Sie in diesem Sinne, unserem differenzierten Antrag zuzustimmen, und nicht ein Modell gutzuheissen, das auch bezüglich Steuerung mehr Fragen aufwirft, als es beantworten kann. Da muss ich noch einmal Kollege Rohner ansprechen. Was wollen wir im Schulbereich strategisch steuern, Raphaël? Da wäre ich schon froh, wenn Du mir eine Antwort geben könntest. Das sind leere Hülsen von Strategiediskussionen. Wir sind ein kommunales Parlament. Wir haben uns mit den Niederungen in dieser Stadt zu beschäftigen und nicht mit Strategien. Das haben wir bis anhin gar nicht so schlecht gemacht, sonst wäre das ein schlechtes Zeugnis."

Stadtpräs. Marcel Wenger

"Ich möchte Ihnen herzlich danken für die Aufmerksamkeit, die Sie der Vorlage entgegen gebracht haben und auch entgegen bringen. Es ist eine wichtige Reform-Vorlage. Ich danke all jenen, die den Stadtrat unterstützen in seinen Bemühungen, Reformen durchzuführen. Ich danke auch ausdrücklich denjenigen, die konstruktiv Kritik an dieser Vorlage geübt haben.

Ich möchte Bernhard Egli sehr danken. Er hat das Hauptanliegen des SR klar herausgearbeitet - die Leistungen künftig besser zu definieren, und wo wir sie nicht beeinflussen und steuern können, weil es gesetzliche Aufträge sind, sie auch im Parlament zu kennen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die Leistungen und ihre Kosten, die damit verbunden sind, zu kennen - die Kosten zuzuordnen, die für diese Leistungen erbracht werden müssen. Das ist für mich eine zentrale Voraussetzung, wenn wir in Diskussionen einsteigen, die jetzt dann kommen werden mit dem Kanton, wo es um Aufgabenteilung geht und um die Überlassung von einzelnen Aufgaben für den Kanton bzw. die Übernahme von Aufgaben vom Kanton seitens der Stadt.

Ein weiteres Grundanliegen ist, die Parlamentsreform durchzuführen. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt dieser ganzen Reform. Der Grosse Stadtrat soll verstärkt in die Strategieüberlegungen des SR mit einbezogen werden. Das heisst aber noch lange nicht, dass wir uns dann völlig ausklinken aus dem Wie. Gewisse Votanten haben dies zu stark überzeichnet. Es ist ganz klar, dass wir neben dem neuen Instrument der Leistungsmotion, welches dann eingeführt werden könnte, weiterhin über das Wie sprechen werden. Das führt dazu, dass im Parlament nie abstrahiert werden kann, die Art und Weise der Erfüllung der einzelnen Aufgaben eben nicht auch zu diskutieren. Aber - das ist ganz wichtig - wenn wir diese Reorganisation im Parlament machen, dann ist es möglich, ein besseres Fachwissen, bessere Spezialkenntnisse im Milizparlament zu verankern. Eine GPK-Präsidentin, welche noch nicht all zu lange aus dem Amt ausgeschieden ist, hat mit Bezug auf die Prüfung der WoV-Berichte gesagt, man müsse einfach mehr wissen über die Zusammenhänge in der Verwaltung - wie die Leistungen erbracht werden, was sie kosten -, um politische Entscheide fällen zu können.

Es gibt offene Fragen in diesem Grundsatzentscheid, den wir evtl. noch heute zu fällen haben. Es gibt immer dann offene Fragen, wenn man in einen Reformprozess einsteigt. Es ist gefährlich, wenn wir sagen würden, dass der Prozess hervorragend herauskommt, dass wir jede Bürokratisierung werden verhindern können etc. Das können wir nicht, Peter Neukomm. Aber es ist auch spekulativ zu sagen, dass auf jeden Fall Bürokratie resultieren wird, und dass auf jeden Fall eine schlechtere Leistung beim Bürger ankommt. Das ist doch abhängig von unserer Führungskraft innerhalb dieses Prozesses. Da wehre ich mich auch ein wenig für meine Kollegin und meine Kollegen, dass wir eine Führungskraft sind, und einen Prozess nicht um des Prozesses Willen durchführen, sondern um der Reform und deren Inhalte Willen.

Ich habe von Peter Wullschleger den Zweifel gehört, ob der Betrag für die Gesamteinführung ausreicht. Ich denke das ist richtig, Peter Wullschleger. Es ist möglich, dass die Gesamteinführung - wenn wir sie wesentlich breiter machen - wesentlich teurer kommen könnte. Wir werden aber in den Detailvorlagen Rechenschaft ablegen müssen. Wir werden alles tun, um die Kosten tief zu halten und trotzdem ein gutes Resultat zu bekommen.

Peter Neukomm hat von einem Generalverdacht gesprochen. Das ist ein sehr dramatisches Wort. Wenn ich mich an die Reformansätze in den Pilotabteilungen erinnere, dann ist es nicht so, dass wir diesen Generalverdacht herüber gebracht haben. Wir haben das ja offen gelegt. Die Abteilungsleiter waren dabei mit dem Steuerungsausschuss. Man hat immer wieder über die Erfahrungen im Projekt gesprochen.

Ich muss für uns jedenfalls in Anspruch nehmen, dass wir nicht mit diesem Generalverdacht angetreten sind. Es ist in der Philosophie von WoV, von einer Steigerung auszugehen, um dieses Modell an den Mann oder an die Frau bringen zu können.

Die Rolle des Controllings beim WoV ist nicht die der Aufsicht, sondern die des Helfens. Dass man in diesem Prozess - wenn man die Leistungen und die dazu gehörigen Kosten und den Arbeitsaufwand definiert - hilft, war eine Erkenntnis bei der SHPL. Das wurde richtig bemerkt in der heutigen Diskussion. Das hat uns ziemlich betroffen gemacht. Es soll am Schluss nicht dazu führen, dass Leute die Flinte ins Korn werfen, sondern im Gegenteil, dass sie selbstbewusst ihre Leistungen, die sie gegenüber den Bürgerinnen erbringen, definiert wissen und davon ausgehen können, dass diese Leistungen auch geschätzt werden.

Ohne WoV würde die Stadt untergehen, habe ich einmal gesagt. Das ist aus dem Zusammenhang zitiert - Peter Neukomm - wo ich gesagt habe, ohne Reformen wird die Stadt untergehen.

WoV wurde immer als einer der Erfolg versprechenden Wege dargestellt und nicht als der Erfolg versprechende Weg. Dr. Harringer, Leiter des Finanzamtes der Stadt St. Gallen, hat am 26. Februar dieses Jahres eine starke Vorstellung gehabt in der Rathauslaube. Aber er hat natürlich auch eine starke Stellung als Zentralverwalter einer Stadt, die in den Abteilungen ganz zentrale Dinge steuert, wo der Stadtrat im Grunde immer wieder auf Harringer zurück greifen muss. Die Organisation der Zentralverwaltung der Stadt St. Gallen ist eine äusserst starke, zentralisierte. Das ist ein anderes System, als es bei uns praktiziert wird. Bei uns ist es so, dass die einzelnen Abteilungen häufig über eigene Buchhaltungselemente verfügen und viele Prozesse steuern, die in St. Gallen von der Zentralverwaltung gesteuert werden.

Ich hätte noch viele Dinge zu sagen. Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen, wie wir in dieser Diskussion vielleicht weiter kommen können. Peter Neukomm hat angekündigt, dass das Eintreten seitens der SP Fraktion nicht bestritten wird, dass er aber in der Detailberatung Ergänzungsanträge stellen werde. Wir haben jetzt 21.10 Uhr. Wir haben sehr lange diskutiert. Eine gewisse Ermüdungserscheinung muss ich auch bei mir registrieren. Ich habe zwischenzeitlich auch mit SR Vero Heller gesprochen. Ich würde Ihnen mit ihr zusammen vorschlagen, dass wir heute noch über das Eintreten sprechen, dass wir uns aber für die Detailberatung noch etwas Zeit lassen, um noch einmal mit den Fraktionen den ausführlichen Bericht diskutieren zu können. Das wäre vielleicht ein Weg, um aus der Zeitnot heute heraus zu kommen. Ich möchte nicht, dass wir den Entscheid heute erzwingen. Es nützt nichts, wenn wir mit drei Stimmen Mehrheit einen Reformprozess auslösen, wo wir die Unterstützung aller Leute und aller Fraktionen brauchen, weil wir sonst irgendwann einmal anstossen. Das heisst aber nicht, dass ich Ihnen nicht sehr empfehle, eben am Schluss der Führungskraft des Stadtrates Vertrauen zu schenken, in dieses Projekt einzusteigen. Wir sind dann kritisch genug, Ihnen auch zu sagen: Wenn wir uns auf einem schwierigen Weg befinden, werden wir die einzelnen Projekte, die aus dem Grundentscheid herauskommen, entsprechend verändern können.

Ich bitte Sie, sich diesen Vorschlag zu überlegen, ob wir heute das Eintreten machen und dann an einer der nächsten Sitzung mit der Detailberatung weiterfahren können."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Wir sollten diesen Beschluss nicht durch einen knappen Mehrheitsbeschluss erzwingen. Ich unterstütze diesen Vorschlag. Ich bin auch für Eintreten, ich will auch reformieren. Aber diese Details, die jetzt auf mich an Fragezeichen, an Gegenargumenten zugekommen sind, rechtfertigen es, dass man darüber in den Fraktionen nochmals diskutiert. Ich unterstütze den Antrag des Stadtpräsidenten. So können wir mit einem guten Gefühl die Ferien antreten."

Susanne Günter (FDP) Votum

"Ich bin erstaunt auch über die Reaktion von Roland Schöttle, man solle sich für den Entscheid noch mehr Zeit lassen. Wir sind nach dieser langen Zeit, während der wir uns mit WoV befasst haben, reif, diesen Grundsatzentscheid zu fällen. Wir haben seit fünf Jahren 5 Abteilungen im Pilotversuch. Dieser wurde durch den Steuerungsausschuss begleitet. Wir haben eine SPK eingesetzt und WoV wiederholt diskutiert. Ich finde es wirklich an der Zeit, dass wir den "Courage" haben, jetzt einen Entscheid zu fällen und diesen nicht bis Ende August aufzuschieben. Denken Sie auch an die betroffenen Mitarbeiterinnen der WoV-Pilotbetriebe, welche immer noch mit zwei Buchhaltungen arbeiten müssen und einen Mehraufwand zu bewältigen haben. Diese möchten endlich wissen, wie es weiter geht. Ich plädiere dafür, heute den Grundsatzentscheid zu fällen. Ich bin für Durchziehen und freie Fahrt!"

Verena Stutz (SP) Votum

"Bernhard Egli hat mich mit seinem Satz heraus gefordert: "Die entscheidenden Fragen müssen wir uns später stellen." Dies kommt mir vor, als wenn wir ein Fahrzeug entwickeln, einsteigen und abfahren würden und dann feststellen, dass das Fahrzeug keine Bremsen hat. Ich unterstütze die Verschiebung des Entscheides. Ich möchte Ihnen noch ein paar Fragen mitgeben, denn mir liegt die Rolle des Parlamentes sehr am Herzen. Ich erlebe es im Stadtschulrat, welchen Aufwand es gibt, wenn wir als Fachgruppe arbeiten. In meiner Phantasie arbeitet dann das Parlament als Fachgruppe ähnlich wie der Stadtschulrat. Das kann es wirklich nicht sein.

Die Fragen, die ich Ihnen mitgeben möchte, sind:

- Wer sind wir als Parlament?
- Wie wollen wir künftig funktionieren?
- Welche Aufgaben können wir uns stellen?
- Was ist unser Auftrag als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes? Vergessen wir nicht, dass wir die Gemeindeversammlung sind.
- Können wir die nötige Arbeit mit der nötigen Sorgfalt ausführen - und dies mit einem vernünftigen Aufwand?"

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Gestatten Sie, dass ich als zum religiös verklärten Beförderten noch kurz etwas entgegnen muss. Gerade weil die Bürgerinnen und Bürger keine Wahlmöglichkeit bzw. wenig Alternativen zu staatlichen Leistungen haben, ist davon auszugehen, dass bei der öffentlichen Hand Effizienzdefizite bestehen. Untersuchungen zu monopolistischen Systemen kommen auf jeden Fall zu diesem Schluss.

Anders als für Peter Neukomm ist WoV für mich ein tauglicher Ansatz, vorhandene Effizienzdefizite in Parlament und Verwaltung proaktiv und laufend anzugehen.

Wie es das gute Recht von Peter Neukomm ist, zu glauben, dass dem nicht so ist, ist es mein gutes Recht, von der Richtigkeit überzeugt zu sein.

Ich bin im übrigen anderer Auffassung, wenn gesagt wird, für Schule und Sozialbereich seien Globalbudgets und Leistungsziele nicht möglich. Richtig dürfte vielmehr sein, dass in diesen Bereichen auch mit WoV keine zu grossen Veränderungen erwartet werden dürfen. Das darf aber auch mit keinem anderen System erwartet werden. Insofern müssen wir diese einzelnen Vorlagen dann zusammen mit den Betroffenen erarbeiten, dann glaube ich, Peter Neukomm, dass es zu einem guten Ende kommen wird.

Letztlich habe ich auch nicht gesagt, man müsse nur daran glauben, dann komme es schon gut, sondern vielmehr habe ich gesagt: Wenn von Anbeginn nicht an die Möglichkeiten von WoV geglaubt wird, dann wird es schwierig."

Peter Möller (GB) Votum

"Ich möchte Ihnen noch etwas Bedenkenswertes - egal ob der Entscheid heute oder nach der Sommerpause fällt - mitgeben. Die Rede war viel von strategischen und operativen Entscheiden, welche dieses Parlament fällen sollte. Nun haben wir ja 5 Pilotabteilungen, die WoV schon eingeführt haben. An den Beispielen Altersheim Steig, Steuerverwaltung, Vormundschafts- und Erbschaftsamt könnte man ja einmal prüfen, ob wir angesichts der übergeordneten rechtlichen Regelungen dort überhaupt noch strategische Entscheide treffen können oder ob wir uns hier halt eben nur auf den operativen Bereich beschränken können bzw. müssen."

Stadträtin Veronika Heller

"Ich möchte Sie auch nicht lange hinhalten, sondern Ihnen lediglich zwei, drei Gedanken mit auf den Weg geben. Ich kann auch damit leben, dass wir heute Abend lediglich Eintreten beschliessen und uns für den Grundsatzentscheid noch etwas Zeit lassen bis nach der Sommerpause.

Ich möchte Ihnen zwei Sachen zu bedenken geben. Ich habe von verschiedenen RednerInnen gehört, dass sie den Reformbedarf einsehen und damit einverstanden sind, dass man dort etwas unternimmt, wo es Sinn macht. Da sind sich wahrscheinlich alle einig. Wenn es darum geht, festzulegen, wo es denn Sinn machen soll, geht es wieder von vorne los. Das ist eine der Schwierigkeiten, wo wir bei Reformprozessen nicht darum herum kommen.

Das Zweite ist: So wie ich den ganzen Prozess miterlebt habe, ist die Vorlage, welche Sie heute vor sich haben, datiert vom 22. Januar 2002, bei weitem nicht identisch mit dem, was wir 1998 als Startvorlage hatten. Ich bin davon überzeugt - weil es ein Prozess ist, weil wir sowie unsere Mitarbeiterinnen und auch das Parlament dabei entsprechende Lernvorgänge mitmachen, dass die Vorlagen, mit denen Sie den Stadtrat hoffentlich beauftragen, nicht mehr so sein werden, wie das jetzt hier liegt, weil wir einiges dazulernen und in einigen Bereichen heute noch nicht genau wissen, wie das schlussendlich aussehen wird.

Ich kann mir vorstellen, dass wir bei einer weiteren Sitzung zu ähnlichen Schlüssen kommen wie der Bundesrat.

Dieser ist 1996 mit einem Projekt "Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudgets" - basierend ebenfalls auf WoV - gestartet. Er hat pragmatisch - zum Teil freiwillig - die Departemente dazu angeregt, mitzumachen und hat stufenweise immer wieder Voraussetzungen formuliert, die erfüllt sein müssen, damit ein Departement auf diesen Weg geschickt werden kann. Im National- und Ständerat hat es je eine Begleitgruppe, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und einer anderen Kommission. Der erste Evaluationsbericht vom Dezember 2001 ist jetzt im Mai 2002 erschienen. Dieser beinhaltet auch eine Menge Erfahrungsschritte, die darlegen, aus welchen Gründen man zu welchen Schlüssen gekommen ist. Der grosse Unterschied liegt darin, dass der Bund eine total andere Aufgabe hat als eine Kommune. Es hat dort andere Bereiche, welche es bei uns gar nicht gibt. Es gibt aber auch Bereiche, die ähnlich sind, wie das was wir in der Stadt an Leistungen zu erbringen haben. Gerade weil die Bürgerinnen und Bürger zum Teil auch darauf angewiesen sind, dass sie zu uns kommen, weil sie keine Wahlmöglichkeit haben, haben sie meines Erachtens Anspruch, dass sie so gut wie möglich bedient werden." Die Personalreferentin führt weiter aus, dass diese Leistungen bedingt durch den Wandel insbesondere in den letzten 10 Jahren weiter entwickelt werden müssen, da vieles anders und schwieriger geworden sei.

SR V. Heller schliesst sich der Auffassung an, dass es Sinn macht, heute Eintreten zu beschliessen und nach der Sommerpause die Detailberatung in Angriff zu nehmen und den Entscheid zu fällen. "Sowohl für die Mitarbeiterinnen der Pilotbetriebe als auch für jene, die nach dem (positiven) Grundsatzentscheid mitmachen sollen, ist es nicht motivierend, wenn ein Grossteil des Parlamentes WoV nicht mittragen kann. Dann würde es schwierig. Einstimmigkeit können wir nicht erwarten, aber eine grosse Mehrheit dieses Parlamentes sollte diesen Reformprozess mittragen können und sich auch auf gewisse Unsicherheiten einlassen, damit wir wirklich vorwärts kommen."

Im Gegensatz zu Roland Schöttle und dem Stadtrat vertritt **Josef Eugster (SVP)** die Auffassung, dass wir heute mit der Beratung dieses Geschäfts weiter fahren. Er stellt einen entsprechenden Antrag.

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt den Antrag Eugster mit 23 : 24 Stimmen ab, d.h. dass nach der Abstimmung über das Eintreten die heutige Beratung abgebrochen wird.

ABSTIMMUNG über das Eintreten

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 48 : 0 Stimmen EINTRETEN auf die Vorlage.

Detailberatung und Beschlussfassung erfolgen anlässlich der Sitzung vom 20. August 2002.

An dieser Stelle bricht die Ratspräsidentin die Beratung ab.

MITTEILUNGEN der Ratspräsidentin**Abschied von Bea Hauser (SP) aus dem GrSR:**

"Bea Hauser war seit 1. Januar 1993 Mitglied des städtischen Parlaments. In ihrer 9 1/2-jährigen Amtszeit vertrat sie ihre Fraktion in 29 Spezialkommissionen, davon in etlichen als Präsidentin, und gehörte seit 2001 der neu geschaffenen Polizeikommission an.

Ausserdem reichte sie eine beachtliche Anzahl Vorstösse ein, nämlich: 4 Motionen, 5 Interpellationen und 3 kleine Anfragen.

So viel Gutes, so geschätzt, warum also tritt sie heute zurück?

Der Grund ist: Bea Hauser hat dieses Jahr einen runden Geburtstag! Das ist doch, würde man meinen, kein Grund, den Bettel hinzuschmeissen, runde Geburtstage haben wir schliesslich alle. Nicht so Bea Hauser. Sie hat klare Prinzipien und schon vor Zeiten einigen anvertraut, sie würde an ihrem Geburtstag zurücktreten. Wie alt sie wurde? Aber bitte! Ist das denn so wichtig? So irgend etwas zwischen zwanzig und siebzig wird es schon gewesen sein.

Bea Hauser hat sich nie darum geschert, was andere von ihr denken. Sie hat auch nie davor gescheut, ein offenes Wort zu reden, heisse Fragen zu stellen oder beissende Kommentare in Richtung Fensterfront zu schicken. Bea Hauser konnte aber nicht nur zuschlagen, sie konnte auch die Gelegenheit beim Schopf packen. So nutzte sie geistesgegenwärtig an einer Budgetdebatte das Votum von Ex-Autoparteimann Max Zimmermann zu einem Antrag, um gleich die Kammgarn für ein Jahr von der Miete zu befreien.

Auch vor Verantwortung hat sich Bea Hauser nicht gedrückt. So übernahm sie nach dem völlig unerwarteten Tod ihres Parteikollegen Bruno Merlo im Sommer 99 das SP-Fraktionspräsidium und führte es bis Ende des letzten Jahres.

So viel geleistet, was bleibt noch zu sagen? "Trinkt abends gerne ein Bier" - zum Beispiel in der Linde Buchthalen. Dort soll sie in einem konspirativen Club, auch "Buchthaler Mafia" genannt, verkehren. Übrigens sollen dort auch andere namhafte Persönlichkeiten aus diesem Rat ein- und ausgehen. Ziel des Clubs ist die Förderung des Sports, z. B. durch Lobbying für Turnhallen in Buchthalen und andere Buchthaler Interessen.

Kurzum, Bea Hauser hat keine Berührungsängste. Ihre klare, unverfrorene Sprache wird in diesem Rat fehlen. Ich wünsche ihr vorerst viel Zeit für sich, ein bisschen lange Zeit nach uns und für die Zukunft von Herzen alles Gute."

Ergänzend teilt die Ratspräsidentin noch mit, dass Bea Hauser (SP) in der SPK "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" durch Mariann Keller (SP) ersetzt wird. Nächste Sitzung: Do 15. Aug. 02, 17.30 Uhr.

Schliesslich erinnert die Ratspräsidentin noch an den **Ratsausflug vom Dienstag 27. August 2002** und schliesst darauf hin die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:
René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 20. August 02

